1,- DM oder mehr für die Bergarbeiter

8 Monate Streik britischer Bergarbeiter – und was uns das angeht.

★ Warum sie ohne landesweite Urabstimmung den Streik begannen

★ Warum die Familien dahinter stehen

★ Warum kein Streikgeld gezahlt wird

★ Warum sie keinen Kompromiß eingehen können

»Der Krieg fängt nicht erst mit Pershing an« — der Krieg der Klassen ist in den britischen Kohlegebieten in vollem Gang!

Die konservative Regierung Großbritanniens will den britischen Bergarbeitern die Grundlage ihrer Existenz nehmen: Ein großer Teil der Kohlegruben soll geschlossen werden; die Arbeit der Bergarbeiter sei nicht mehr wirtschaftlich genug. Margret Thatcher kann den Bergarbeitern (außer Worten ihres *»Mitgefühls«* für deren hoffnungslose Lage) keine andere Existenzgrundlage, keine Arbeitsplätze bieten.

Denn die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen in beträgt bereits 4 Millionen, weil vor dem Bergbau andere Industriezweige massenhaft Arbeiter in die Verelendung gestoßen haben. Der Kampf, den die britischen Bergarbeiter aufgenommen haben, ist daher im Sinne **aller** britischen Arbeiter. Das ist auch der Grund dafür, daß der gewerkschaftliche Dachverband (TUC) und der Parteitag der Labour-Partei sich **uneingeschränkt** für den Kampf der Bergarbeiter aussprachen.

Was ist »wirtschaftlich« für die Regierung und die Unternehmer Großbritanniens? »Wirtschaftlich« sind für sie die Rüstungsindustrien, an den Kriegsvorbereitungen verdienen die britischen Unternehmen Milliarden. Die Bergarbeiter, die um ihre Existenz kämpfen, stören diese »Wirtschaftlichkeit« und damit die Kriegsvorbereitungen. Wer in Europa wirklich gegen die Kriegsvorbereitungen zum 3. Weltkrieg ist, muß daher die britischen Bergarbeiter unterstützen.

Die herrschende Klasse Großbritanniens wie auch der anderen westeuropäischen Länder braucht zur Vorbereitung des 3. Weltkriegs die »Ruhe« im Innern, keinen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und keinen Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze. Wenn Thatcher davon spricht, daß sie die Demokratie verteidigt, so zeigt dies nur, daß ihre Auffassung von »Volksherrschaft« eine andere ist als die der britischen Arbeiter, die doch wohl in einem ganz anderen Sinne »Volk« sind als die Reichen, die Unternehmer, die Finanzhaie und die, die sie mit Millionen bestechen, damit sie in ihrem Sinne als Manager tätig sind.

Das, was sich im 1. Weltkrieg schon als richtig erwies, wird heute immer klarer:

Der Feind steht im eigenen Land!

Die das vor 70 Jahren in Deutschland ausriefen, wurden von der herrschenden Klasse und ihren Vertretern bekämpft und mußten ihre politische Auffassung teilweise mit dem Leben bezahlen. Heute sind es die britischen Bergarbeiter, die die britische Regie-

rung niederkämpfen und deren Anführer sie (als »Terroristen«, wie der moderne Begriff heißt) vernichten will, weil die herrschende Klasse Großbritanniens — die sich hier in nichts von den Herrschenden in den anderen Ländern Westeuropas unterscheidet — geschlagene und politisch gebrochene Arbeiter braucht, um sie, in Uniform gesteckt, auf die Schlachtfelder des 3. Weltkriegs führen zu können.

12. Oktober '84 ■

Der Kampf der britischen Bergarbeiter um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Seit 7 Monaten, seit dem 12. März 1984, streiken die britischen Bergarbeiter. Sie wehren sich mit ihrem Kampf gegen einen großangelegten Angriff der rechtskonservativen Thatcher-Regierung auf ihre Arbeitsplätze.
Mit ihrem organisierten Widerstand gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen im Bergbau haben sie die Führung des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die langfristige kapitalistische Sanierungspolitik übernommen und Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern neue Hoffnung gegeben, daß erfolgreicher Widerstand auch unter schwierigsten Bedingungen möglich ist. Nach einer Phase tiefster Depression und einer Kette von Niederlagen in den Jahren 1979—83 hat die britische Arbeiterklasse wiederum begonnen, sich auf die eigene Kraft zu besinnen.

Hintergründe des Streiks — die Strategie der Regierung

Worin besteht das Wesen der Politik der Thatcher-Regierung, die 1979 an die Macht kam und 1983 auch mit den Stimmen von Arbeitern, die sich enttäuscht von Labour abwandten, einen überwältigenden Wahlsieg errang? Es geht um die rücksichtslose Durchsetzung einer langfristigen Sanierung der Profite unter Abwälzung sämtlicher Krisenlasten auf die Werktätigen, in der Absicht, verlorengegangene Weltmarktanteile des britischen Kapitals wiederzuerlangen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Privatisierungspläne in allen staatlichen Industrien und Dienstleistungsbereichen, also die Rückgängigmachung der Verstaatlichungspolitik der Labour-Party nach 1945, die diese in Absprache und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im »nationalen Interesse« durchführte.

Die ökonomischen, sozialen und politischen Zugeständnisse, die die Bourgeoisie der Arbeiterbewegung damals machte, sind heute ein schwerwiegendes Hindernis bei der Überlebenssicherung der kapitalistischen Ordnung und der bürgerlichen Klassenherrschaft überhaupt und müssen der Arbeiterklasse daher um jeden Preis wieder entrissen werden.

In vielen Bereichen der Industrie und der öffentlichen Dienste wurde diese Politik in den vergangenen Jahren schon erfolgreich vorangetrieben. Um den zu erwartenden Widerstand der Gewerkschaften als Massenorganisationen der Arbeiterklasse[1]) nicht nur über die hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit[2]) und ihre Auswirkungen zu schwächen, sondern ihren Handlungsspielraum entscheidend einzuschränken, wurden entsprechende Zwangsgesetze durchgepeitscht: Über die seit 1979 verabschiedeten Anti-Gewerkschaftsgesetze haben wir in der »Arbeiterpolitik« bereits wiederholt ausführlich berichtet. Besonders wesentlich sind:

— geplante und z. T. erfolgte Zerschlagung des closed shop und damit entscheidende Schwächung der gewerkschaftlichen Machtstellung im Betrieb, in den Diensten und Verwaltungen durch Kontrolle der shop stewards,

— Aufhebung der rechtlichen Immunität der Gewerkschaften und der Unantastbarkeit der Gewerkschaftskassen im Arbeitskampf,

— Verhängung eines Zwangskorsetts »demokratischer Spielregeln« bei innergewerkschaftlichen Angelegenheiten (Urabstimmungen, Wahlen, Beschlüsse, etc.),

— geplante Zerstörung der Einheit zwischen Gewerkschaften und Labour-Party (Begrenzung der Finanzierung der Partei aus den Gewerkschaftskassen über zwangsweise Mitgliederbefragungen).

Alle diese Zwangsmaßnahmen des bürgerlichen Staatsapparates haben in den vergangenen Jahren zu einer Kette von Niederlagen verschiedener Gewerkschaften in Arbeitskämpfen geführt und damit auch zu Demoralisierung, Desorientierung und Enttäuschung in den Reihen der Arbeiter.

Die herrschende Klasse in Großbritannien, die sich nach 1945 in den deutschen Westzonen als Besatzungsmacht bei der Gründung »demokratischer Gewerkschaften« von oben hervorgetan hat, ist also über ihren Staats- und Justizapparat inzwischen dazu übergegangen, den Gewerkschaften im eigenen Lande ein vergleichbares Zwangskorsett aufzuzwingen, sie auf diese Weise zu lähmen, eines Großteils der traditionellen Rechte zu berauben, um den Niedergang des Kapitalismus aufzuhalten. Die Bourgeoisie hat sich in der Krise hinter einer Regierung versammelt, deren Ideologie kleinbürgerliche und rechtsextrem-polizeistaatliche Züge aufweist und darauf ausgerichtet ist, 300 Jahre bürgerlich-demokratische Tradition als hinderlichen Ballast über Bord zu werfen: Bekämpfung des »inneren Feindes« Arbeiterklasse und ihrer Massenorganisationen mit allen Mitteln und zu jedem Preis. Die seit 1969 bei der Bekämpfung irischer »Terroristen« in Nordirland gesammelten »wertvollen Erfahrungen« werden nun gegen streikende Arbeiter angewendet.

Die Schwierigkeiten in der Bergarbeitergewerkschaft

Trotz ihrer Erfolge im Klassenkampf von oben war es aber der Thatcher-Regierung bis zum Frühjahr dieses Jahres nicht gelungen, ein entscheidendes Hindernis auf dem Wege der langfristigen Durchsetzung ihrer Stillegungs- und Privatisierungspläne aus dem Weg zu räumen: den Widerstand der traditionell kampfstärksten und geschlossensten Gewerkschaft, der National Union of Mineworkers (N.U.M.).

Die langfristigen Energieplanungen des britischen Kapitals bis zum Jahr 2000 — wenn Öl- und Erdgasvorkommen in der Nordsee erschöpft sein werden — setzen voll auf die Atomenergie. Der Anteil der heimischen Steinkohle an der Energieversorgung des Landes soll von jetzt rund 70 Prozent auf dann 15 Prozent herabgesetzt werden. Das erfordert die Durchsetzung eines gewaltigen Zechensterbens. Gab es in den 50er Jahren noch knapp 800.000 Bergarbeiter in

[1]) Die im Dachverband Trade Union Congress (TUC) zusammengeschlossenen Gewerkschaften organisieren immer noch gut 10 Mio. Mitglieder, das entspricht etwa 50 Prozent aller Erwerbstätigen)

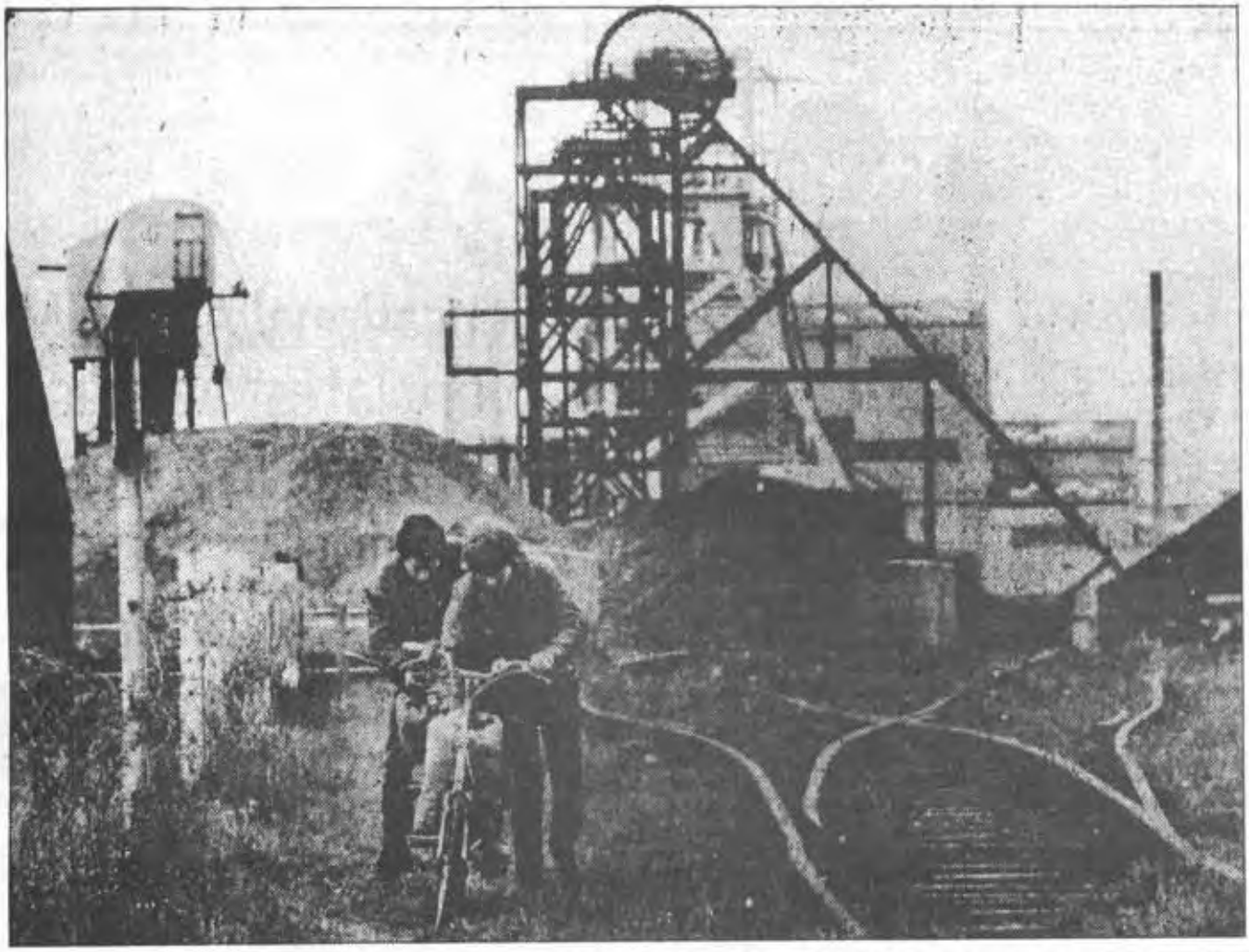
[2]) Nach den Zahlen des TUC, z. Zt. mehr als 4 Millionen

DM 1,- oder mehr
Beilage zur Arbeiterpolitik Nr. 7
12. Oktober 1984

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik
INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Löbbe · Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postscheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20



Großbritannien, so sind es heute noch ca. 180.000 in knapp 200 Zechen. Allein in den Jahren 1981—83 wurden 41 Zechen stillgelegt. Während die tiefliegenden Steinkohlevorräte des Landes noch für die nächsten 500 Jahre reichen, sieht das Stillegungsprogramm vor, daß längerfristig nur noch 80 sog. »Superpütts« übrigbleiben sollen. Über die Hälfte aller jetzt beschäftigten Bergleute müßte entlassen werden — ohne wie in den 60er Jahren Aussicht auf einen anderen Arbeitsplatz zu haben!

Wenn man sich klarmacht, daß seit 1975 zwei Drittel aller 180.000 britischen Miners als junge Leute neu in den Bergbau gekommen sind, während es gleichzeitig einen Aderlaß an älteren und kampferprobten Bergarbeitern in der Industrie und damit auch in der N.U.M. gab, dann wird einsichtig: den jungen Bergleuten fehlt einerseits die Kampferfahrung der Älteren und deren jahrzehntelange enge Bindung an die Gewerkschaft und die Traditionen der Arbeiterklasse; andererseits wissen auch sie inzwischen ganz genau, daß ihre Zukunft und die ihrer Familien vom Erhalt ihrer Arbeitsplätze abhängt, was dazu führt, daß gerade sie sich im Einsatz als Streikposten besonders energisch gegen die gewalttätigen Übergriffe der bürgerkriegsmäßig ausgerüsteten Polizei wehren, Steine zurückwerfen und auch schon mal aus Wut die Autos von Streikbrechern in Brand stecken oder eine Polizeistation auseinandernehmen.

Im Kampf, der unter größter persönlicher Opferbereitschaft seit vielen Wochen geführt wird, muß die fehlende Bindung und Geschlossenheit jetzt hergestellt werden, muß Führung und Hilfe von erfahrenen Funktionären und Mitgliedern der N.U.M. kommen, die den Einsatz von Zehntausenden von reisenden Streikposten (flying pickets) im ganzen Land organisieren. Auch die traditionell kampfstarke und geschlossene N.U.M. ist nicht ungeschwächt aus dem allgemeinen gewerkschaftlichen Niedergang der vergangenen Jahre hervorgegangen.

Neben dem erwähnten Aderlaß an kampferprobten Mitgliedern durch Erreichen des Rentenalters oder vorzeitigen Ruhestand im Zusammenhang mit Stillegungen und großzügigen Vorruhestandszahlungen sind die Gegensätze zwischen traditionell kampfbereiteren Regionen und Kohlerevieren wie Schottland, Durham, Yorkshire, Wales, Kent u.a. und den »gemäßigten« Führern in Nottingham, dem »weichen Unterleib« der N.U.M., Derbyshire u.a. zu erwähnen. Diese sind zum einen zurückzuführen auf die Einführung eines »produktivitätsorientierten« Lohnsystems — einer Neuauflage des alten Stücklohnsystems aus der Vorkriegszeit — unter der Labour-Regierung, die mit dem damaligen Energieminister Tony Benn im Jahre 1974 die konservative Regierung Heath nach einem siegreichen Arbeitskampf der Bergleute ablöste. Dieses Lohnsystem brachte z.B. den Miners in Nottingham aufgrund der besseren Kohlevorkommen und Abbaubedingungen beträchtliche Lohnsteigerungen gegenüber den Kollegen in anderen Revieren und ist auch die Ursache dafür, daß viele von ihnen ihre Arbeitsplätze auf Dauer sicher glauben und damit für ihr Auftreten als Streikbrecher im gegenwärtigen Arbeitskampf.

Die Probleme der N.U.M. mit der Region Nottingham haben aber außerdem weit zurückreichende Ursachen, nämlich bis in die Zeit des Generalstreiks im Jahre 1926: Nachdem damals der TUC den Generalstreik abgeblasen hatte, führten die in der britischen Bergarbeiter-Föderation zusammengeschlossenen Bergleute den Kampf gegen die Zechenbarone und ihre Willkür noch 9 Monate alleine weiter, bis sie endgültig ausgehungert waren und unter Unternehmerdiktat an die Arbeit zurückkehrten. Diese Niederlage war nicht unwesentlich darauf zurückzuführen, daß die Bergarbeiter in Nottingham damals die ersten waren, die die Streikfront verließen, aus der Föderation austraten und unter dem Kohlebaron Spencer gelbe Firmengewerkschaften gründeten. Erst nach 1945, als der Bergbau verstaatlicht, die N.U.M. gegründet und das closed shop-Prinzip eingeführt wurde, mußten auch sie gewissermaßen zwangsweise der nationalen Bergarbeitergewerkschaft beitreten.

Bei Urabstimmungen über Kampfmaßnahmen gab es auch in der Nachkriegszeit in Nottingham nie die erforderliche

Mehrheit. Alle diese Gegensätze schlugen sich in den 70er Jahren bei der verschärften Wirtschaftskrise und anhaltendem Zechensterben in verschärften Richtungskämpfen in der N.U.M.-Führung nieder zwischen der reformistischen Mehrheit unter dem damaligen Vorsitzenden Gormley und dem klassenkämpferischen Flügel, angeführt von Arthur Scargill aus Yorkshire und Mick McGahey aus Schottland.

An der zwangsweisen Einführung des »produktivitätsorientierten Lohnsystems« über die Gerichte war der damalige rechte Flügel im N.U.M.-Vorstand maßgeblich beteiligt: Gormley zwang unter Anrufung der Gerichte der N.U.M. dieses System auf, indem er sich von der Justiz bestätigen ließ, daß die N.U.M., obwohl eine landesweite Gewerkschaft, ihrem Charakter nach doch immer noch eine Förderation mit autonomen Regionen (»areas«) sei, in der jede Region darüber entscheiden konnte, ob sie das neue Lohnsystem haben wollte oder nicht. Region für Region brach dann der Widerstand dagegen zusammen und damit das einheitliche Tages-Lohnsystem für die gleiche Arbeit in allen Revieren. Das Ergebnis waren Lohnunterschiede von bis zu 80 Prozent.

Damit war zunächst auch die einheitliche Grundlage der N.U.M. in der Lohnpolitik zerstört. Die Bergarbeiter verloren ihre Spitzenposition in der nationalen Lohnskala. Nach 1975 trat aber bereits mehr und mehr die Frage der Verteidigung der Arbeitsplätze im Bergbau in den Vordergrund. Spätestens seit 1980 rangiert in der Rangfolge der Beschlüsse der jährlichen N.U.M.-Gewerkschaftstage die Arbeitsplatzfrage ganz oben, ohne daß der immer noch mehrheitlich rechte Vorstand sie entsprechend umgesetzt hätte.

1981 kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Kohlerevieren gegen Zechenschließungen, nicht jedoch zu einem landesweiten Widerstand. Die gegenwärtige konservative Regierung machte damals noch einen Rückzieher in ihrem Schließungsprogramm und bekräftigte in Worten nochmals ausdrücklich die Gültigkeit des »Plan for Coal«, der 1974 zwischen Labour-Regierung, Nationaler Kohlebehörde (NCB) und N.U.M. ausgehandelt worden war. Dieser Plan sah massive Investitionen in den Bergbau und die langfristige Steigerung der Kohleproduktion bis zum Jahr 2000 auf 170—200 Mio. Tonnen jährlich vor.

Währenddessen ging Anfang der 80er Jahre das Zechensterben munter weiter, und die Sorgen der Bergarbeiter in den Kohlerevieren um ihre Arbeitsplätze wuchsen. Diese Tatsache fand ihren Ausdruck dann in der Wahl Arthur Scargills zum Vorsitzenden der N.U.M. auf Lebenszeit mit überwältigender Mehrheit in geheimer Abstimmung sowie des kommunistischen Chefs der schottischen Bergarbeiter Mick McGahey zu seinem Stellvertreter. Damit wurde in der N.U.M. eine konsequent klassenkämpferische Führung installiert, die nunmehr die Mehrheit besaß, die Versöhnler und Reformisten in die Defensive drängte und deren Politik in der Umsetzung der Beschlüsse der Gewerkschaftstage bestand: Kampf gegen die Zechenschließungen.

Die Wahl dieser Gewerkschaftsführung ist einerseits Ausdruck der Hoffnung der Bergleute, die Gewerkschaft möge stark genug sein, das Zechensterben aufzuhalten; gleichzeitig ist sie vor dem Hintergrund objektiv heranreifender Bedingungen für eine große Schlacht zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse eine entscheidende Vorbedingung für die Wiedererlangung der Kampfkraft und Geschlossenheit der N.U.M. Diese Übereinstimmung zwischen Vorstand und der großen Mehrheit der Basis drückt sich im Arbeitskampf heute in den Worten von Streikposten aus: *»Wir gehen erst wieder an die Arbeit zurück, wenn Arthur uns dazu auffordert.«*

Allerdings zeigte sich, daß Kampfbereitschaft und Stärke auch in Bezug auf die britischen Bergarbeiter keine abstrakte Größe ist, daß sie sich nicht beliebig schaffen und z. B. über Urabstimmungen jederzeit herstellen läßt. Dieselben Bergarbeiter, die eine klassenkämpferische Führung ins Amt gewählt hatten, verweigerten anschließend derselben Führung in drei landesweiten Urabstimmungen die notwendige Mehrheit von 55 Prozent für den Streik gegen Zechenschließungen. Während Scargill dennoch nicht aufhörte, die Mitgliedschaft über die langfristigen Ziele der Regierung aufzuklären, und das Zechensterben weiterging, flackerte bereits Ende 1983 in Süd-Wales und Anfang 1984 in Schottland der Widerstand gegen die Stillegungspolitik auf. Es kam zu Arbeitsniederlegungen, ohne daß aber die anderen Regionen den Streikaufrufen der Kumpels folgten.

Parallel dazu gab es im Zusammenhang mit der im letzten Oktober begonnenen Lohnrunde im Bergbau einen Überstundenboykott der N.U.M., um die auf Halde liegenden Steinkohlevorräte abzubauen und sich so eine bessere Ausgangsposition für die nach Auffassung des Vorstandes mit Sicherheit später kommende Auseinandersetzung zu schaffen. Die Halden haben Regierung und NCB künstlich geschaffen, und zwar durch Importkohle, Einsatz von Öl und Gas sowie den Ausbau der Kernenergie, um auch von dieser Seite die Position der N.U.M. zu schwächen: Die heimische Steinkohle sei eben zu teuer und werde in zu vielen unwirtschaftlichen Zechen gefördert.

Die N.U.M. war also, alles in allem, im Frühjahr dieses Jahres gar nicht auf den Beginn einer großen Schlacht eingerichtet, traditionell beginnen Arbeitskämpfe der Miners ja auch im Herbst, wenn es auf den Winter zugeht.

Die Regierung und der NCB schufen letztlich die fehlenden Voraussetzungen für den Kampf zu diesem Zeitpunkt. Angesichts der tiefgehenden Lähmung der gesamten Gewerkschaftsbewegung und der offensichtlich fehlenden Einheit unter den Bergarbeitern lieferten sie Anfang März den Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Sie starteten einen Frontalangriff auf die N.U.M. und kündigten den Schließungsplan für das Jahr 1984 an: Stillegung von 20 Zechen und Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig konzentrierten sie sich auf die Region Yorkshire und gaben die geplante Schließung der Zeche Cortonwood im Süden der Region bekannt. Die Grafschaft Yorkshire ist die Kernregion des britischen Steinkohlebergbaus und mit 56.000 Miners zugleich die stärkste Bastion der N.U.M.

Die Spekulation der Regierung sah folgendermaßen aus: Yorkshire isoliert in den Streik ziehen, der Streikaufruf aus Yorkshire wird von den übrigen Regionen nicht befolgt, Yorkshire wird alleine geschlagen und damit der N.U.M. das Rück-

Streikposten mit den Plakaten: »NUM — offizielle Streikposten« und »Kohle statt stempeln«.

grat gebrochen. Diese wäre dann nicht mehr zu landesweitem Widerstand fähig, die gesamte Gewerkschaftsbewegung wäre entscheidend geschwächt, und die Stillegungs- und Sanierungspolitik könnte umso rascher durchgesetzt werden. Das Gegenteil stellte sich als wahr heraus. Mit dem Angriff auf die zentrale Region des britischen Bergbaus gab die Regierung dem Vorstand der N.U.M. ein Instrument in die Hand, was dieser auch sofort erkannte und als Waffe im Abwehrkampf gebrauchte: Die Bergleute in Yorkshire konnten, festgelegt durch entsprechende Beschlüsse, als autonome Region der N.U.M. auf die Herausforderung mit Streik antworten. Dieses Recht war ja jeder Region durch höchstrichterlichen Entscheid im Zusammenhang mit dem Lohnsystem ausdrücklich bescheinigt worden.

Gleichzeitig konnten sie, ohne daß erst die langwierige und in ihrem Ausgang unsichere Prozedur einer landesweiten Urabstimmung durchgeführt werden mußte, alle anderen autonomen Regionen der N.U.M. auffordern, ebenfalls in den Streik zu treten. Nicht der Vorstand rief zum Streik auf, sondern die Kumpels der Region Yorkshire — 56.000 Miners und nicht Arthur Scargill als Vorsitzender. Das erwies sich in der Tat als entscheidend, denn innerhalb von 2 Wochen hatte sich der Widerstand auf das ganze Land ausgeweitet, eine Region nach der anderen hatte Streikbeschlüsse — auf traditionelle Weise, durch Handaufzeigen in Versammlungen und dann durch Delegiertenbeschlüsse — gefaßt. Die Streikfront stand, rund 80 Prozent aller Bergarbeiter hatten die Arbeit niedergelegt, um den Widerstand gegen das Zechensterben aufzunehmen.

Die Bergarbeiter erkannten, daß der Angriff auf Yorkshire ein Angriff auf sie alle war, ein Frontalangriff auf die N.U.M., um sie zu zerbrechen. Ihnen war klar, daß nicht, wie die bürgerlichen Massenmedien sie ständig glauben machen wollen, ein machtbesessener »König Arthur« hier einen Privatkrieg mit der »Eisernen Lady« anzetteln wollte, sondern daß es jetzt buchstäblich um das eigene Überleben ging, um die Verteidigung der Arbeitsplätze bis zum äußersten, um das soziale Leben in den Bergarbeiterregionen, um die Arbeitsplätze zukünftiger Generationen.

Darum schlossen sich auch ihre Frauen in eigenen Unterstützungskomitees zusammen, um einerseits das Leben in den Zechensiedlungen im Streik zu organisieren (Einrichtung von Küchen, Ankauf von Lebensmitteln aus Spendengeldern, Verteilung der Lebensmittel usw.) und um außerdem selbst aktiv am Streik teilnehmen zu können: als Streikposten, auf Kundgebungen, in Veranstaltungen.

Nachdem die Streikfront aufgebaut war, brauchte der Vorstand den Streik nur noch für offiziell zu erklären und sich diese Entscheidung von der nationalen Delegiertenkonferenz bestätigen zu lassen.

Die Streiktaktik der N.U.M. — Fliegende Streikposten und die Einbeziehung der Gewerkschaftsbewegung in den Kampf

Nach der offiziellen Ausrufung des Streiks entfaltete die N.U.M. im vollen Umfang ihre Arbeitskampftaktik, die sie in den siegreichen Arbeitskämpfen der Jahre 1972 und 1974 entwickelt und erfolgreich angewendet hatte: Unter völliger Mißachtung der Anti-Gewerkschaftsgesetze wurden in großer Anzahl fliegende Streikposten der N.U.M. im ganzen Land organisiert eingesetzt, und zwar überall dort, wo Kohle verbraucht, gelagert, transportiert und umgeschlagen wird: In Häfen, vor Kraftwerken, Zementfabriken, Stahlwerken, Kohlelagern, etc..

Die Voraussetzung dafür ist, daß es in den meisten Kohlerevieren nicht erforderlich ist, Streikposten vor Zechen einzusetzen, weil die Bergarbeiter den Streikaufruf zu 100 Prozent befolgen. Andererseits zahlt die N.U.M. — wie die meisten britischen Gewerkschaften — aus prinzipiellen Gründen kein Streikgeld während des Arbeitskampfes. Die Streikenden können sich also nicht mit dem Streikgeld in eine Art »Urlaub« zurückziehen, den Garten umgraben oder die Wohnung tapezieren, sondern werden in Versammlungen aufgefordert, sich als Streikposten aktiv am Kampf zu beteiligen, und das überall dort, wo es erforderlich ist. Ein anderer Teil der Mitglieder und erfahreneren Funktionäre übernimmt im Arbeitskampf die wichtige Aufgabe, die Mobilisierung und aktive Einbeziehung der gesamten Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterbewegung in den Arbeitskampf zu organisieren: Über die Untergliederungen des Dachverbandes TUC, über die Vertreter der Einzelgewerkschaften, der politischen Parteien und anderer Organisationen werden in jeder größeren Stadt im Lande gewerkschaftliche und überparteiliche Unterstützungs komitees gegründet, über die Vertrauensleute werden Versammlungen mit den Arbeitern in den Betrieben organisiert.

So wird die arbeitende Bevölkerung einerseits über ihre Organisationen aus ihrer Lähmung gerissen und bekommt eine ganz konkrete Aufgabe: Die Bergarbeiter für die gesamte Dauer des Streiks finanziell, über Lebensmittelsammlungen und durch Solidaritätsaktionen so zu unterstützen, daß sie nicht ausgehungert werden können. Andererseits wird durch die Treffen, Versammlungen, Massenveranstaltungen ein Gegengewicht geschaffen zu der Hetzpropaganda der Regierung und der bürgerlichen Presse. Von den überall auftretenden Mitgliedern der N.U.M. wird den Kollegen direkt mitgeteilt, worum es bei diesem Arbeitskampf geht, daß der Angriff der Regierung ein Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse, ihre Organisationen, ihre Existenz und ihre traditionellen Rechte ist. Weil sie wissen, daß die Bergarbeiter kein Streikgeld bekommen und unter größten persönlichen Opfern den Kampf aufgenommen haben zur Verteidigung der Bewegung insgesamt, sind sie selbst bereit, Opfer zu bringen. Außerdem wissen sie, daß gerade die N.U.M. bei ihren eigenen Arbeitskämpfen *die* Gewerkschaft war und ist, die sie immer am nachhaltigsten unterstützt hat. Parallel dazu finden natürlich Gespräche zwischen dem N.U.M.-Vorstand und anderen Gewerkschaften auf nationaler Ebene statt, um sie aufzufordern, von sich aus ihre Mitglieder zu Solidaritätsstreiks aufzurufen. Die Seeleute, Hafenarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner, Drucker u.a. haben dies auch von Anfang an auf die verschiedenste Weise getan. Auch wenn es mit den Vertretern der Stahlarbeitergewerkschaft und der Kraftwerksingenieure Probleme gab und gibt, so läßt sich doch mit Recht sagen, daß die N.U.M. die zum Widerstand bereiten Teile der Arbeiterklasse im Kampf zusammengeführt, ihnen Führung gegeben und nie in dem Bemühen nachgelassen hat, die Einheit der Klasse auf breitester Grundlage herzustellen.

Wann immer die Mitglieder anderer Gewerkschaften aktiv in die Auseinandersetzung eingreifen, resultiert der Wille zur

Unterstützung der Bergarbeiter letztlich aus eigenen Erfahrungen: Bedrohung der eigenen Arbeitsplätze, staatliche Willkür gegen die eigenen gewerkschaftlichen Rechte, Wut über erlittene Niederlagen in Kämpfen. Durch den beispielhaften Widerstandsgeist der Bergarbeiter erfolgt die Verwandlung von Ohnmacht, individueller Existenzangst und Wut in Kampfbereitschaft. Die Einheit der Arbeiterklasse ist keine abstrakte Größe, sondern muß in zähem Kampf hergestellt werden.

Eine besondere Enttäuschung ist im bisherigen Verlauf des Arbeitskampfes die Haltung der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC gewesen, die während ihres 13wöchigen Arbeitskampfes 1980/81 besonders stark von der N.U.M. unterstützt worden ist. Weil der Druck der kampfunerfahrenen Stahlarbeiter auf ihre reformistische Gewerkschaftsführung unter Bill Sirs nicht stark genug war, ihre Kraft nicht ausreichte, konnten sie ihre Führung damals nicht an der Aushandlung eines faulen Kompromisses hindern, der in eine schwere Niederlage führte und schließlich in der Vernichtung der Hälfte aller Arbeitsplätze und einer Schwächung der Gewerkschaft gipfelte. Von dieser Niederlage haben sich die Stahlarbeiter bis heute nicht wieder erholt. Die widerstandsbereiten Teile unter ihnen haben es bis jetzt nicht verhindern können, daß der Vorstand der ISTC nicht bereit war, mit der N.U.M. Absprachen zur Unterstützung einzugehen.

Die N.U.M. hatte angeboten, den beiden besonders von Schließung bedrohten (von den fünf großen) britischen Stahlwerken — Port Talbot in Süd-Wales und Ravenscraig in Schottland — während des Streiks genügend Kokskohle zum Erhalt der Hochöfen zu liefern. Sirs und sein Anhang forderten aber unter Berufung auf die Sicherung der Arbeitsplätze volle Lieferungen zur Aufrechterhaltung der Produktion, nahmen also eine Streikbrecherhaltung ein und lieferten so der Regierung Propagandamunition: Die N.U.M. gefährde mutwillig die Arbeitsplätze der Stahlarbeiter. In Wirklichkeit sind die Arbeitsplätze der Stahlarbeiter gerade in diesen beiden Werken durch die Beschlüsse der EG-Kommission bedroht, die zwingend eine Reduzierung der britischen Stahlproduktion verlangen.

Diese Situation führte u.a. dann zum massiven Einsatz von fliegenden Streikposten der Miners vor den Stahlwerken, wobei es jedesmal zu gewalttätigen Übergriffen durch die Polizei kam, zu Schlägereien und Massenverhaftungen. Außerdem kam es so zu Schadensersatzansprüchen privater Transportfirmen, die Kohle und Erz in die Werke transportieren wollten und zur gerichtlich verfügten Beschlagnahme eines Teils des Vermögens der N.U.M. Süd-Wales. Bergarbeiter verwandelten dabei das Hauptquartier der N.U.M. in Süd-Wales in eine Festung, verbarrikadierten sich mit ihrem Vorsitzenden Emlyn Williams, und zweitausend Streikposten zogen auf, um ihr Gewerkschaftshaus gegen Übergriffe zu verteidigen. Williams sprach dabei zu seinen Leuten die Worte: *»Es führt kein Weg zurück. Wir werden entweder siegen, oder wir werden im Kampf sterben!«*

Eine weitere zentrale Aufgabe besteht für die Organisatoren und die fliegenden Streikposten der N.U.M. im Kampf darin, den 10.000 streikenden Kumpels z.B. der Region Nottingham (von gut 30.000 insgesamt) Führung und Hilfe zu geben, die sie von ihren »gemäßigten« Führern nicht bekommen. Erfahrene Organisatoren aus anderen Regionen werden eingesetzt, um die Streikfront aufzubauen und den Einsatz der Streikposten, auch der, die in großer Zahl aus anderen Gegenden, aus Yorkshire oder sogar aus Kent kommen, zu koordinieren. Junge, kampfbereite, aber zumeist unerfahrene Bergleute werden so einige Wochen angeleitet und müssen danach die Arbeit selbständig weiterführen. Ist nicht genügend Geld vorhanden, wird eine bestimmte Startsumme für den Beginn mitgebracht, für das Weitere sind diese Kollegen dann selbst verantwortlich. So werden Kader herangebildet.

Durch den Masseneinsatz von fliegenden Streikposten wurde die Klassengesetzgebung der Thatcher-Regierung praktisch durchlöchert. Diese bewußt zu mißachten und dem Klassengegner im Kampf die eigene Logik des organisierten Widerstandes aufzuzwingen, ist erklärte Politik der N.U.M. Sie kann sich dabei allerdings auch auf geltende Beschlüsse des Dachverbandes TUC stützen, die im Jahre 1982 zwar gefaßt, aber unter dem bisherigen Generalsekretär Len Murray nicht umgesetzt worden sind: die Anti-Gewerkschaftsgesetze nicht anzuerkennen und jeder Gewerkschaft im Kampf dagegen die erforderliche Unterstützung zu geben. In der Praxis aber wurde im vergangenen Jahr den um den Erhalt des closed shop kämpfenden Druckern in der National Graphical Association (NGA) die erforderliche Unterstützung versagt, als sie sich hilferufend an den Dachverband wandten.

Die N.U.M. dagegen hat sich nicht hilfesuchend an den TUC gewandt, diesen vielmehr ganz bewußt aus dem Arbeitskampf herausgehalten, um nicht die selbständige Führung des Kampfes aus der Hand zu geben. Basis dafür ist allerdings die Kampfbereitschaft der Bergarbeiter. Dies ist Voraussetzung dafür, daß man sich in erster Linie auf die eigene Kraft verlassen kann.

Regierung und Staatsapparat haben bisher keinen Versuch unternommen, streikende Bergleute wegen Verstoßes gegen die Anti-Gewerkschaftsgesetze anzuklagen. Sondern sie haben sich nach der für sie unerwarteten Errichtung der Streikfront voll und ganz darauf konzentriert, die Streikposten der N.U.M. mittels eines massiven Polizeieinsatzes paramilitärischer Einheiten daran zu hindern, ihre »arbeitswilligen«

Orgreave, Yorkshire: 1000 Polizisten gegen 1000 Streikposten.

Vor dem TUC-Kongreß in Brighton fordern Demonstranten einen 24-stündigen Generalstreik.

Kollegen in Nottingham durch direkte Begegnung nachdrücklich aufzufordern, die Streikfront nicht zu spalten. Diese 8.000 Mann starke Polizeitruppe ist vorher im ganzen Land nach nordirischen »Erfahrungen« speziell für den Anti-Streik-Einsatz ausgebildet und zusammengestellt worden, wird durch hohe Bezahlung regelrecht gekauft und ist durchsetzt von Kriminalpolizei, Agenten, Provokateuren und Spitzeln. Sie eskortieren *»arbeitswillige und mutige«* Bergleute zu Zechen und zurück, bewachen nachts deren Häuser, stellen fest, welche Streikenden Streikposten aus anderen Gegenden beherbergen und stürmen dann die Häuser, um die »flying pickets« zu verhaften.

Zusätzlich stellen als Inspektoren getarnte Spitzel der Behörden in den Zechensiedlungen fest, welche Familien Lebensmittel aus Sammlungen erhalten, um dann Geld von den Ansprüchen der Familien der Bergarbeiter auf Sozialhilfe abzuziehen. Der Bericht über die Schikanen und Einschüchterungsversuche ließe sich beliebig fortsetzen. Straßensperren werden errichtet, Telefone abgehört, Autonummern registriert, Streikposten aus anderen Regionen unter Mißachtung der demokratischen Rechte aufgehalten und verhört, verhaftete Streikposten eingesperrt, verhört und wie Terroristen behandelt, unter Anklage gestellt wegen Landfriedensbruchs und Aufruhr.

Letztlich muß aber auch die bürgerliche Presse zugeben, daß alle Einschüchterungsversuche fehlschlagen, daß trotz aller Hetzkampagnen die Streikfront der Bergarbeiter nach 7 Monaten unverändert steht. Die Strategie ist einfach: Aushungern, Spalten, Einschüchtern, Diffamieren! Sie hat nicht zum Erfolg geführt. Offener Terror und Polizeistaatsmethoden im »Mutterland der Demokratie« sind der Versuch des Kapitals, eine Gewaltherrschaft zu errichten, die Gewerkschaften als Klassenorganisationen der Arbeiter zu zerschlagen, stellen den beginnenden Überlebenskampf einer heruntergekommenen bürgerlichen Klasse dar.

Mehrfach ist über den möglichen Einsatz von Militär spekuliert worden. Sollte die Thatcher-Regierung sich tatsächlich zu dem Wahnsinn versteigen, in der Bekämpfung des »inneren Feindes« Truppen und Schußwaffen einzusetzen, dann würden sich über Nacht die bürgerkriegsähnlichen Zustände in den Kohlerevieren zum offenen Klassenkrieg ausweiten. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die werktätigen Massen den Widerstand aufnehmen würden, daß sie den Mittelstand und selbst Teile der bürgerlichen Klasse auf ihre Seite ziehen würden.

Kein einziger Bergarbeiter in der Region Nottingham müßte mehr durch massive Polizeikräfte »beschützt« werden, wenn die Streikposten der N.U.M. nicht von Tausenden von Polizisten daran gehindert würden, an ihre Kollegen heranzukommen. Den Anzeigenkampagnen und Briefen der Kohlebehörde NCB und ihres Chefs, des *»Yankee-Schlachters«* Ian McGregor, an die Bergarbeiter, sich *»nicht einschüchtern zu lassen«*, wäre der Boden entzogen. Natürlich übt die N.U.M. auf Streikbrecher Druck aus, und natürlich wird, während die Streikfront mit über 140.000 Streikenden steht, keine landesweite Urabstimmung durchgeführt. Es besteht ein prinzipieller Widerspruch zwischen kleinbürgerlichen Harmonievorstellungen und Demokratieillusionen einerseits und der Wirklichkeit des Klassenkampfes andererseits. Der Vernichtung der bürgerlichen Demokratie durch die bürgerliche Klasse selbst im Niedergang kann nur die proletarische Demokratie entgegengesetzt werden, und das bedeutet Kampf!

Wenn es wirklich so wäre, wie Regierung und bürgerliche Presse behaupten, daß die Bergleute isoliert seien, dann hätten sie diesen Streik niemals so lange durchhalten können. Dann hätte es nicht zwei landesweite Streiks der Hafenarbeiter gegeben, nicht den ersten Landarbeiterstreik seit 1926, nicht die Arbeitsniederlegung der Transportarbeiter, Seeleute, Eisenbahner und Drucker, nicht die Lebensmittelsammlungen und Geldsammlungen. Warum wohl hat sich schließlich und nach langem Zögern der Vorstand und die Unterhausfraktion der Labour-Party doch zur offenen Unterstützung der Bergleute durchgerungen, während die aktive Parteibasis im ganzen Land längst in den Komitees und mit Geldsammlungen Unterstützung leistete. Nicht nur die Gewerkschaftsbewegung wurde aus ihrer Lethargie gerissen, sondern auch in der vielbeschworenen »öffentlichen Meinung« gibt es einen klaren Umschwung zugunsten der Labour-Party. Was ist mit der »schweigenden Mehrheit«, die angeblich so unter den wildgewordenen Streikposten der N.U.M. leidet?

Der Sieg der N.U.M. auf dem Kongreß des Dachverbandes TUC

Die bisher eindruckvollste und für den weiteren Verlauf und den Ausgang des Streiks wohl mitentscheidende Bestätigung der Tatsache, daß durch den Bergarbeiterstreik die gesamte Gewerkschaftsbewegung entscheidend an Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit zurückgewonnen hat, wurde gleich am ersten Tag auf dem diesjährigen TUC-Kongreß gegeben, der in der ersten Septemberwoche in Brighton stattfand. Während im vergangenen Jahr das Bild noch von inneren Auseinandersetzungen zwischen sozialistischer Strömung, die zum Widerstand gegen die Thatcher-Regierung aufrief, und reformistischer Mehrheit im TUC-Vorstand bestimmt wurde, zeigte sich diesmal, daß dadurch, daß die N.U.M. das Gesetz des Handelns an sich gerissen hatte, die Delegierten aller Gewerkschaften vor einer klaren Alternative standen: durch Beschlüsse die Bereitschaft zur Unterstützung der Bergarbeiter zu bekunden und so auf den Angriff der Regierung zu reagieren oder aber zu kapitulieren. Es zeigte sich, daß die Phase der Lähmung überwunden und die Herausforderung von der überwältigenden Mehrheit der Delegierten begriffen wurde.

Im Vorfeld des Kongresses fand im Hauptquartier der Eisenbahnergewerkschaft in London ein Treffen zwischen der N.U.M. und den Vertretern der Gewerkschaften statt, die auch schon bisher die Bergleute aktiv unterstützt hatten und mit der N.U.M. gemeinsam den linken Flügel im TUC-Vorstand bilden: NUPE (National Union of Public Employees, der größten Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes), CTU (Film- und Fernsehtechniker), die beiden Druckergewerkschaften Sogat '82 und NGA, TGWU (Transportarbeiter einschließlich Hafenarbeiter), NUR und Aslef (Eisenbahner und Lokführer) und NUS (Seeleute). Hier wurden Absprachen getroffen über die Vorgehensweise auf dem Kongreß, insbesondere über den vorbereiteten Antrag der N.U.M. und dessen inhaltliche Abstimmung mit dem Leitantrag des TUC-Vorstandes.

Hätte der TUC-Vorstand die N.U.M.-Resolution nicht inhaltlich übernommen und von sich aus als Antrag des Generalrates den Delegierten zur Annahme empfohlen, dann hätte sich die N.U.M. über den Kopf des bis zum Kongreß noch im Amt befindlichen Generalsekretärs Len Murray hinweggesetzt und sich direkt an die Delegierten gewandt. Den Rechten im Vorstand blieb also gar keine andere Wahl. Zudem konnte der Wechsel in der Präsidentschaft des TUC, die auf den Sozialisten Raymond Buckton von der Lokführergewerkschaft

Fortsetzung S. 10

Brief aus dem britischen Dorf Armthorpe, Yorkshire

Dieser Überfall hat die Bergleute nur noch entschlossener gemacht!

»... Der Streik hat sich nun nach 7 Monaten zu einer völlig neuen Lage hin entwickelt. Die Kohlebehörde hat sich im vergangenen Monat darum bemüht, den Streik in den gewerkschaftlichen Kerngebieten zu brechen, wie z. B. in Yorkshire, Südwales, Schottland und Nordderbyshire.

Die Taktiken, die sie dabei anwendet, bestehen darin, bestimmten ausgewählten Bergleuten, die nicht in der Nähe der Zechen leben, Bestechungsgelder dafür anzubieten, daß sie die Streikpostenketten durchbrechen. Was sie anbietet: 1000 Pfund, wenn sie zu arbeiten beginnen; Polizeischutz rund um die Uhr; ein Job an einem anderen Ort nach dem Streik; sollte die Gewerkschaft verhindern, daß sie einen Arbeitsplatz nach dem Streik bekommen, will sie ihnen 2000 Pfund bezahlen plus 1000 Pfund für jedes Jahr, das sie bei der Kohlbehörde angestellt waren.

Trotz dieser Bestechungen sind lediglich 26 von 55.000 Bergleuten in Yorkshire durch die Streikpostenketten gegangen. Die Eisenbahner transportieren immer noch keine Kohlen, obwohl einige von ihnen jeden Tag nach Hause geschickt werden.

Nun zu der Geschichte, die in meinem Dorf passiert ist.

Am 21. August durchbrach der erste Streikbrecher die Kette in Armthorpe. Das war ein Mann, der lediglich 2 Jahre auf der Zeche gearbeitet hatte. Den einzigen anderen Job, den er vorher hatte, war in der Royal Air Force. Er wurde in einem gepanzerten Bus zur Zeche gebracht. Der Zechenleiter hatte die Stahltore niederreißen lassen, damit der Bus in voller Geschwindigkeit hineinfahren konnte.

Am nächsten Tag um 4 Uhr morgens bauten die Bergleute die Barrikade vor den Toren. Die verschiedenen Fahrzeuge, die man auf den Fotos sieht, waren »beschlagnahmt« und in die Barrikade gestellt worden.

Wir vermuten heute, daß die Polizei sich zuvor aus dem Dorf zurückgezogen hatte, um eine Falle zu stellen und den Bergleuten von Armthorpe eine Lektion darüber zu erteilen, an welchen Platz sie gehören.

Die Polizei umstellte das Dorf und näherte sich dann von Doncaster her in ihren Mannschaftswagen. Sie warteten ungefähr 30 Minuten am Dorfeingang und jagten dann durch

das Dorf mit etwa 100 Mannschaftswagen. Sobald sie angehalten hatten, öffneten sich die Hecktüren und aus jedem Wagen sprangen 12 Polizisten in voller Montur und mit Baseballschlägern bewaffnet.

Zur gleichen Zeit kam der andere Teil der Polizei genauso ausgerüstet aus den das Dorf umgebenden Wäldern. Das war etwa um 7 Uhr morgens. Sie schlugen jeden, der auf der Straße war, Männer, Frauen und Kinder. Es gab heftige Kämpfe im ganzen Dorf, aber die Polizei war zu gut organisiert.

Als die Straßen frei waren, begann die Polizei Haustüren einzutreten und jeden rauszuzerren, der wie ein Bergmann aussah.

Diese Aktion hat jedoch die Bergleute noch entschlossener gemacht, den Streik zu gewinnen. In unserem Bezirk sind schon 8 Mitglieder im Gefängnis mit Strafen zwischen 3 und 6 Monaten, und eine ganze Menge von uns muß noch vor Gericht und sich wegen Polizeianklagen verantworten. Trotz alledem hat der Zechenleiter lediglich vermocht, 2 weitere Bergleute zum Durchbrechen der Streikpostenkette zu überreden.

Die jüngste nationale Entwicklung ist jetzt, daß die Steiger sich mit 82% dafür ausgesprochen haben, dem Streik beizutreten. Ihre Führer hatten nicht mit diesem Ergebnis gerechnet und wissen jetzt nicht, was sie damit anfangen sollen. Sie sagen, daß sie im Augenblick noch nicht streiken, sondern erst mit McGregor, dem Chef der Kohlebehörde, reden wollen.

Die Transportarbeitergewerkschaften sagen, daß es Unterbrechungen in der Elektrizitätsversorgung im nächsten Monat geben wird. Das einzige, was uns zur Zeit fehlt, ist Geld, da der Gewerkschaftskongreß uns zwar Geld versprochen hat, aber es dank der Bürokratie vielleicht zu spät kommen wird. Die Moral der Bergleute ist noch ungebrochen, und wir sind entschlossen, bis zum Ende zu kämpfen.

Wenn wir jetzt verlieren, wäre das das Ende des sozialistischen Kampfes in Westeuropa, da alle Führer auf Thatcher schauen, ob sie gewinnt.

Wir brauchen Geld, um den Kampf zu verschärfen, da die Polizei eher am Zusammenbrechen zu sein scheint als die Bergleute. Wir brauchen z. B. mehr Autos, um umherfahren zu können und sie so noch weiter zu zerstreuen.«

(Ende September) ■

übergegangen war, ausgenutzt werden, um die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Buckton konnte auch die Begrüßungsrede halten: Er erinnerte jeden Gewerkschafter an die Pflicht zur praktischen Solidarität und forderte dazu auf, angesichts der zerstörerischen Politik dieser Regierung, bei zunehmender Angst, die Ideale der Gewerkschaftsbewegung nicht zu verraten.

War der Vorstand der Labour-Party noch kurz vor dem Kongreß im Unterhaus als *»Marionetten Scargills«* beschimpft worden, so bekräftigte Eric Heffer für die Labour-Party auf dem Kongreß die Unterstützung der Partei für die Bergarbeiter.

Die den Delegierten von Len Murray vorgetragene Resolution beinhaltete folgende Punkte:

- Totale Unterstützung der Ziele der N.U.M. durch die gesamte Gewerkschaftsbewegung;
- Durchführung einer zentralen finanziellen Unterstützungskampagne aller Gewerkschaften;
- Aufforderungen an alle Gewerkschaften, Beschlüsse zur Durchführung von Solidaritätsaktionen zu fassen;
- Aufforderung an die Mitglieder aller Gewerkschaften, die Streikposten der N.U.M. unter allen Umständen zu respektieren und keinesfalls eine von ihnen gezogene Linie zu überschreiten.
- Wiederaufnahme der Gespräche zwischen N.U.M. und NCB mit dem Ziel, den Streik baldmöglichst zu beenden und den Kohleplan wieder in Kraft zu setzen, so daß die N.U.M. erhobenen Hauptes die Mitglieder zur Beendigung des Streiks aufrufen kann;
- Bekräftigung der Energiepolitik der N.U.M.
- Verurteilung der Polizeistaatsmethoden gegen unbewaffnete Arbeiter;
- Unterstützung für jede Gewerkschaft im Kampf gegen die Anti-Gewerkschaftsgesetze.

Len Murray, zum letzten Mal als Generalsekretär des TUC: *»Indem der Kongreß der Stellungnahme des Generalrates zustimmt, kann er der Regierung die klare Botschaft übermitteln, daß er es nicht zulassen wird, daß die Bergarbeiter und ihre Familien ausgehungert werden, daß die Bergarbeiter verlieren... Der Kongreß insgesamt muß sich darüber klar sein, welche schwerwiegenden Folgen es für alle hat, wenn die Bewegung es nicht fertigbringt, der N.U.M. die notwendige Unterstützung zu geben, und wenn die N.U.M. eine Niederlage erleidet.«*

Dann Scargill: *»Kein Kohlerevier ist sicher vor dem Schlächter der britischen Industrie.«* Es gäbe keine unwirtschaftlichen Zechen, sondern nur solche, in die nicht angemessen investiert worden sei, während andere hohe Investitionen bekommen hätten. *»Bis jetzt hat dieser Streik den Steuerzahler 4 Milliarden Pfund gekostet, davon alleine 2 Milliarden Pfund an Produktionsausfall. Das ist der Preis, den Regierung und NCB zu zahlen bereit sind, um die N.U.M. zu schlagen auf dem Wege, die gesamte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu besiegen. Unsere Leute hungern. Unsere Leute leiden. Sie leiden, weil sie bereit sind, für das nackte Überleben zu kämpfen und für das Leben kommender Generationen. Ja, es hat Gewalt gegeben. Aber ist es keine Gewalt, Männern, ihren Söhnen und Töchtern die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze anzudrohen?«*

Das Protokoll verzeichnet tosenden Beifall. Dann kamen kämpferische Reden von James Knapp (Eisenbahner), James Slater (Seeleute), David Basnett (General, Municipal, Boilermakers and Allied Trades Union), Ron Todd (Transportarbeiter und Docker) und Bill Keys (Drucker).

Bill Keys: *»Ich wende mich an Arthur und die Miners. Die gesamte Bewegung ist in eurer Schuld, denn ihr habt es über Nacht geschafft, uns wachzurütteln, und nun müssen wir uns geschlossen zur Wehr setzen. Wir müssen uns nicht an die Bergarbeiter und ihre Gemeinden wenden, sondern an das ganze Land, und besonders an alle arbeitenden Menschen und sagen, genug ist genug!«*

Die Resolution wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von 9,7 Millionen Blockstimmen der Delegierten angenommen. Die Delegierten der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC mit ihren 120.000 Blockstimmen enthielten sich gegen den Willen von Bill Sirs und beschlossen zugleich, erst einmal eine Urabstimmung durchzuführen, um die Bereitschaft der Mitglieder zur Unterstützung der Miners festzustellen. Sie überließen es also nicht mehr dem Vorstand, in ihrem Namen, aber gegen ihre Interessen, die Politik zu bestimmen.

Da die Zahl der TUC-Mitglieder rund 10 Millionen beträgt, ist klar, daß es nur eine recht kleine Zahl von Gegenstimmen gab. Sie kamen von den Vertretern der Elektriker, Elektroniker und Telekommunikationstechniker sowie den Kraftwerksingenieuren und -managern. Das Protokoll vermerkt bei ihren Reden ständige Buh-Rufe und Pfeifkonzerte (Alle Angaben und Zitate: »The Times«, 4./5.9. 84 und »Guardian«, 28. 8. 84).

Auch wenn die bürgerliche Presse während des Arbeitskampfes als Machtmittel der herrschenden Klasse natürlich voller Hetzartikel, Spekulationen und Beschimpfungskampagnen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen ist, so zeigen die getreulich abgedruckten Reden linker Gewerkschaftsführer doch ein Bild der tatsächlichen Verhältnisse, das für den Versuch einer marxistischen Analyse der Klassenkämpfe herangezogen werden muß. Es spiegelt sich darin nicht nur die heimliche Bewunderung für die wiedergewonnene Kraft der Arbeiterbewegung wieder, sondern auch ein gewisser Stimmungsumschwung nach dem TUC-Kongreß. Es kann eben nicht mehr ohne weiteres mit einer Niederlage der N.U.M. gerechnet werden. Gab es vorher täglich groß aufgemachte Artikel über das »Abbröckeln« der Streikfront, über *»Erfolge der Zurück-zur-Arbeit-Kampagne«* des NCB, über Aktivitäten einzelner Streikbrecher in den Reihen der Bergarbeiter, die *»arbeitswilligen«* Miners *»landesweit zu organisieren«* oder die N.U.M. wegen der nicht durchgeführten

Urabstimmung vor Gericht bringen; Befürchtungen, wie Scargill die *»Fackel auf den Kongreß tragen würde«*, düstere Ahnungen, daß demonstrierende Bergleute vor dem Kongreßgebäude Delegierte terrorisieren würden, usw., so ist hier nach dem Kongreß eine Änderung festzustellen.

»Wir dürfen nicht zulassen, daß die Miners besiegt werden!« Ein Ausblick.

Es ist völlig unerheblich, ob es sich bei dem Abstimmungsverhalten der Rechten im TUC-Vorstand und einiger Delegierter um bloße Lippenbekenntnisse handelt, um die Absolvierung einer bloßen Pflichtübung, um den Bergarbeiterstreik schnell von der Tagesordnung zu kriegen und Druck auf die N.U.M. auszuüben, sich in weiteren Verhandlungen mit den NCB kompromißbereit zu zeigen. Die N.U.M. ist eindeutig gestärkt und mit größerer Handlungsfreiheit aus dem Kongreß hervorgegangen, was undenkbar gewesen wäre, wenn die Streikfront nicht unverändert stünde. Die N.U.M. hat die kampfbereiten Teile der Bewegung unter ihrer Führung zusammengefaßt, und die Beschlüsse, die allemal Stimmung und Kräfteverhältnisse unter den Delegierten ausdrücken, üben Druck auf alle Gewerkschaften aus, Farbe zu bekennen und Position zu beziehen, ohne daß die N.U.M. dafür etwa ihre Eigenständigkeit bei der Weiterführung des Streiks oder bei Gesprächen mit dem NCB verkauft hätte.

Die Kehrseite der Verurteilung der Gewalt an der Streikfront und der Verpflichtung der N.U.M. zu weiteren Verhandlungen ist die Aufforderung an andere Gewerkschaften zu konkreten Unterstützungsaktionen, um den Streik ohne Niederlage für die N.U.M. zu beenden.

National Union of Mineworkers
North Western Area

BOLD BRANCH

Telephone:
Newton-le-Willows 5568—Bold N.U.M. Office
4581 Ext. 59
Home: St. Helens 818337

Secretary: M. GREGORY,
P.O. BOX 7, 248 WHITEACRE,
CLOCK FACE, ST. HELENS,
MERSEYSIDE.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

N.U.M. im Streik - Solidaritaet notwendig.

Die Auseinandersetzung zwischen der N.U.M. (Bergarbeitergewerkschaft) und der N.C.B. (Nationale Kohlenbehoerde) ist zu einem Test'all fuer die Plaene der Regierung geworden, die Gewerkschaften zu zerschlagen.

Die sogenannten Verhandlungen wurden von der Tory-Regierung manipuliert mit dem Ziel, die existierende Kohleindustrie zu zerstoeren durch weitreichende Zechenstillegungen und Reprivatisierung der modernsten Kohlezechen. Dies ist Teil der Politik des Ausverkaufs der Kohleschaetze des Landes an die reichen Freunde und Unterstuetzer der Tory-Regierung.

In den letzten sechs Monaten haben wir gesehen:

(1) Die Bildung einer nationalen Polizei, die paramilitaerische Methoden benutzt, um den Streik zu brechen.

(2) Die Verschlechterung und Streichung von sozialen und medizinischen Hilfen, um Streikende auszuhungern und wieder an die Arbeit zu bringen.

(3) Die direkte Einschaltung der Gerichte, um die Politik der Gewerkschaften zu verurteilen und die Gewerkschaftskassen zu plundern, die aus den Mitgliedsbeitraegen gebildet wurden.

Diese Angriffe bedrohen jede Gewerkschaft in diesem Land. Es ist jetzt sehr denn je lebensnotwendig, dass die ganze Tragweite einer solchen Politik in jeder Gewerkschaft und in jedem Shop-Steward-Komitee [Komitee der gewaehlten Vertrauensleute] diskutiert und verstanden wird.

Aus diesem Grunde wiederholen wir unseren Appell, zu Euren Mitgliedern ueber den derzeitigen Stand des Streiks sprechen zu koennen und die Schritte zu diskutieren, die noetig sind, damit die N.U.M. die Auseinandersetzung erfolgreich besteht. Ebenso bitten wir Euch um finanzielle Unterstuetzung.

Spenden:
Konto-Nummer - 10659789

Barclays Bank Ltd.
Fingerpost,
St. Helens,
Merseyside

Mit kollegialen Gruessen

Mal Gregory

Mal Gregory.

Auch die letzten Verhandlungen zwischen N.U.M. und NCB, die auf Gewerkschaftsseite von einer dreiköpfigen TUC-Gruppe mit Ray Buckton begleitet wurden, sind wie alle vorangegangenen ergebnislos abgebrochen worden. Zwar hatten Regierung und NCB unter wachsendem Druck bereits den Schließungsplan für 1984 zurückgezogen und wollten statt dessen zunächst nur drei »unwirtschaftliche« Zechen sofort schließen. Die Position der N.U.M. war und ist unverändert: Es gibt prinzipiell keine »unprofitablen« Zechen — kein Kompromiß in dieser grundsätzlichen Fragen! Erhalt aller Arbeitsplätze und langfristiger Ausbau des Steinkohlebergbaus, um die unabhängige Energieversorgung des Landes langfristig zu sichern. Genau diese Position war auf dem Kongreß bestätigt worden.

Nicht nur in den Kompromiß-Angeboten des NCB zeigt sich der wachsende Druck auf die zur Zeit in die Defensive gedrängte Regierung, der in immer stärkerem Maße auch aus dem eigenen Lager, aus der konservativen Partei, und aus dem Unternehmerlager sowie vom Finanzkapital an der Londoner Börse kommt. Die Kosten des Streiks wachsen ins Astronomische, und die politischen und sozialen Auswirkungen werden immer unkalkulierbarer, können zu einem Bumerang werden.

Die Aktienkurse bröckeln ab, die Zahlungsbilanz ist in wachsendem Maße negativ, das Vertrauen in das Pfund auf den internationalen Devisenmärkten sinkt. Die Staatsausgaben steigen, der Verkauf von Aktien von zur Privatisierung angebotenen Staatsunternehmen stagniert.

Es mehren sich die Besorgnisse über den Kurs einer Regierung, die entgegen allen — auch konservativ-bürgerlichen — Traditionen das Land in einen Polizeistaat verwandelt. Der frühere Tory-Premierminister Heath und der ehemalige Außenminister Pym greifen im Parlament und in der Öffentlichkeit Thatcher offen an und bezichtigen sie, die Demokratie abzubauen. Und die Anti-Gewerkschaftspolitik nach der Devise *»Draufhauen! Zerschlagen!«* ruft Befürchtungen hervor, wer denn dann überhaupt noch als Gesprächspartner übrigbleibt:

»Das wirklich Entscheidende an der Regierung Thatcher ist nicht ihre Politik, sondern die Art und Weise, wie diese durchgeführt wird. Es gab einmal eine Zeit, da holten Minister Rat von allen Seiten ein, bevor sie zu regieren begannen. Sie sprachen mit Politikern, Provinzbischöfen und legten Wert auf die Beteiligung aller interessierten Parteien. Nun ziehen sie entschlossen ihre Politik durch und bestehen darauf, daß sie — was ja auch stimmt — einen Wählerauftrag haben. (...)

Aber das Fehlen von Konsultationen bringt größere Nachteile mit sich. Es hat dazu geführt, daß diese Regierung — die versprochen hat, den Menschen ihre Freiheit zurückzugeben, die zentralisierteste Bürokratie seit dem Kriege errichtet hat. In den örtlichen Verwaltungen und Regierungen, im Bildungswesen, im Hochschulwesen und in den Regionen sind die beratenden Körperschaften aufgelöst oder ignoriert worden. Umgekehrt ist die Macht der Bürokratie in Whitehall größer geworden. (...)

Indem die Regierung nicht mit den Leuten spricht, begeht sie Dummheiten. Es ist nichts besonders Demokratisches am traditionellen Geschäft der Konsultationen; einflußreiche Leute, die das wissen, halten auch keine Urabstimmungen in den Zechen ab, bevor sie Anweisungen geben. Es geht einfach darum, unnötige Reinfälle zu vermeiden (...)

Den TUC an seinen eigenen inneren Widersprüchen zu Grunde gehen zu lassen, mag den Konservativen als ein guter Einfall erscheinen, zumal ein zerschlagener TUC eine zerbrochene Labour-Party bedeutet... Aber wenn die Regierung so weitermacht, wird sie bald überhaupt keinen Gesprächspartner mehr haben — außer der kleinen Bande von Leuten im rechten Flügel der Denkfabriken des Staatsapparates, deren Devise nur in Folgendem besteht: Nur immer kräftig draufhauen! Wenn die Premierministerin sich mehr um das Land kümmern würde, als darum, die Ideologie ihres eigenen Flügels der Konservativen Partei voranzutreiben, wäre vielleicht manches anders. Aber es ist leider nicht so.« (Sunday Times, 9. 9. 84).

In derselben Ausgabe wurde — erstaunlich genug! — doch tatsächlich Arthur Scargill Raum gegeben, in einem längeren Artikel seine Sicht des Streiks darzustellen. Nicht nur werden die Besorgnisse im bürgerlichen Lager selbst formuliert, sondern *der* Arbeiterführer, der den *»inneren Feind«* verkörpert, kann im Aushängeschild der bürgerlichen Presse

schreiben: *»Die Wahl, vor der unsere Leute stehen, ist ganz einfach. Entweder, wir unterwerfen uns, geben auf — oder wir kämpfen um unsere Gemeinden ... Wir werden als Kriminelle beschimpft, weil wir uns weigern, unsere materielle Existenz aufzugeben. Aber in den vergangenen fünf Jahren haben Bergarbeiterfamilien die Auswirkungen der Regierungspolitik in anderen Industrien und Gemeinden beobachten können. Wir sehen, daß die wichtigsten Merkmale der britischen Gesellschaft im Jahre 1984 Qual und Verzweiflung sind, physische und seelische Krankheiten und Arbeitslosigkeit. Am verbrecherischsten an alledem sind aber wohl die Auswirkungen der Regierungspolitik auf die Jugend, die das Opfer der unsozialen Politik der Regierung ist. Wir haben die Auswirkungen der Entindustrialisierung, der Privatisierung und der Entwurzelung auf die Menschen beobachten können und die schlimmen Einschnitte in der Gesundheitsfürsorge. Unsere Antwort ist ebenso einfach wie die Wahl, vor der wir stehen. Wir werden nicht aufgeben. Wir werden uns nicht der Vernichtung einer lebenden Industrie unterwerfen. Wir werden nicht dastehen und tatenlos zusehen, wie Arbeitsplätze, die zukünftigen Generationen gehören, gekauft und vernichtet werden. Wir schlagen zurück, und wir werden siegen.«*

Zu Beginn des Streiks behauptete die Regierung, es lägen Kohlevorräte für über 6 Monate auf Halde. Jetzt, nach über 6 Monaten Streik, heißt es, es liege immer noch genügend Kohle auf Halde um das Land »sicher« durch den Winter zu bringen und auch im Winter die Energieversorgung der Industrie zu garantieren. Es ist Zweckpropaganda. Wenn es heißt, daß über 30 000 Bergleute *»normal arbeiten«*, dann bedeutet das noch lange nicht, daß in allen Zechen, in die Bergarbeiter unter Polizeischutz eskortiert werden, die normale Kohleproduktion läuft. Häufig ist es vielmehr so, daß sie mit Anstreich-, Reparatur- und Wartungsarbeiten beschäftigt werden. Immer mehr Zechen sind inzwischen zusammengebrochen, in den anderen sind die Maschinen unter Tage schwer in Mitleidenschaft gezogen, die Armierungen verrostet, etc. Wenn morgen der Streik zu Ende wäre, würde es insgesamt ein knappes Jahr dauern, bis die normale Kohleförderung wieder läuft.

Da die Regierung nicht auf Dauer Importkohle unter ungeheuren Kosten (Polizeieinsatz, Extra-Bezahlung für nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Lastwagenfahrer, etc.) zu den Verbrauchern transportieren kann, wird sie bald gezwungen sein, die Nationale Kohlereserve anzugreifen. Im Winter wird sie die Energieversorgung der Industrie nicht mehr gewährleisten können. Im Jahre 1974 führte die Dreitagewoche in der Wirtschaft letztlich zum Sturz der Regierung Heath. Thatcher hat aber eine ausreichende Mehrheit im Parlament, und Überlegungen, Truppen einzusetzen, werden wieder angestellt, je näher der Winter rückt. Der Industrieverband CBI fordert seine Mitglieder auf, den Energieverbrauch schon jetzt um 10% zu senken.

Die Aussichten der Bergleute, diese Schlacht zu gewinnen oder wenigstens unbesiegt daraus hervorzugehen, wachsen. Da sie keine *»wildgewordenen Revolutionäre«* sind, geben sie und ihre Führer sich nicht der Illusion hin, die Regierung aus dem Amt jagen zu können. Thatcher wird nicht den Fehler von Heath begehen, das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Es ist aber sehr gut möglich, daß das Schließungsprogramm vom Tisch genommen werden muß und die Gewerkschaftsbewegung durch diesen Erfolg insgesamt so an Stärke gewinnt, daß sie von Anfang an geschlossener in zukünftige Auseinandersetzungen gehen kann. Das wird auch nötig sein, denn der Zwang zur massenhaften Vernichtung von Arbeitplätzen im eigenen Land besteht für das britische Kapital fort, wenn es nicht weitere Weltmarktanteile verlieren will.

Schon jetzt haben die Bergarbeiter in die Zwangsgesetze der kapitalistischen Konkurrenz massiv eingegriffen, und ihre Forderungen dagegengestellt: Langfristige Sicherung des Steinkohlebergbaus entsprechend den Kohlevorräten des Landes und große Investitionen in die Industrie, keine gigantischen Investitionen in den weiteren Ausbau der Kernenergie. Regierung und NCB werden kaum darum herumkommen, hier wenigstens weitreichende Zugeständnisse zu machen. Denn auch Truppen können keine Kohle fördern, und die N.U.M. würde die Zechen mit allen Mitteln gegen Soldaten verteidigen.

Der Logik des Profits werden die Interessen der Arbeiterklasse gegenübergestellt. Die Forderungen der N.U.M. zur Energiepolitik sind in ihrem Wesen Forderungen nach einer grundsätzlich anderen Wirtschaftspolitik, der Kampf um ihre Durchsetzung ist der beginnende Kampf um die Kontrolle der Produktion und der Investitionen.

Eine auf der Welle des organisierten Massenwiderstandes gegen Arbeitsplatzvernichtung ins Amt getragene zukünftige Labour-Regierung wird sich diesen Forderungen keinesfalls verschließen können. Die N.U.M. hat sich weder vom TUC, noch von der Labour-Party, der britischen KP oder anderen Vorschriften machen lassen, wie sie den Streik zu führen hat. Sie hat Hilfe verlangt und sie bekommen. Die Gewerkschaften werden sich nicht von einer kommenden Labour-Regierung, die sie ins Amt gebracht haben, an die Kette legen lassen.

23. 9. 1984 ■

Eindrücke von einer Rundreise durch Westdeutschland mit einem Funktionär der Bergarbeiter-Gewerkschaft.

Was mit der Rundreise von Joe Holmes, Sekretär des N.U.M.-Bezirks Kent in Südengland, in Gang kam, ist nur zu vergleichen mit den sich ausbreitenden Wellen, die von einem ins Wasser geworfenen Stein erzeugt werden. Diese Reise übertraf bis heute nicht nur alle Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen, die mit Joe zusammenarbeiten, sondern auch seine eigenen und die seiner Gewerkschaft in England: Diese hatte ursprünglich sein Vorhaben für völlig aussichtslos gehalten, da die westdeutschen Gewerkschaften doch nie kämpfende britische Bergarbeiter unterstützen würden. Doch über eine mit Gewerkschaftsunterstützung eingerichtete Kontaktadresse konnte eine Serie von gewerkschaftlichen Solidaritätsveranstaltungen, Gesprächen mit Gewerkschaftsfunktionären, Interviews etc. in Gang gesetzt werden, die ohne Unterbrechung seit August bis jetzt läuft. Bis Ende November ist der Kollege Holmes für Versammlungen »ausgebucht«. Besondere Bereitschaft bei der Organisation von Solidaritätsveranstaltungen und Geldsammlungen bewiesen dabei Mitglieder und Funktionäre der IGM, DruPa, HBV, GEW, aber auch der DGB- und Gewerkschaftsjugend. Kreuz und quer, oft bis an die Grenzen der Belastbarkeit, reiste Joe durch die BRD, wochenlang fanden täglich zwei, manchmal sogar drei Treffen statt.

Die Reaktion der Versammlungsteilnehmer war durchweg positiv. Joe machte klar, worum es in diesem Arbeitskampf der britischen Bergarbeiter geht und welche Bedeutung der praktischen Solidarität gerade aus der Mitgliedschaft der westdeutschen Gewerkschaften zukommt, zumal nach den Arbeitskämpfen in der Metall- und Druckindustrie, die ja eine ganze Menge Fragen für die zukünftige gewerkschaftliche Arbeit in Westdeutschland aufgeworfen haben.

Es wurde sofort begriffen, daß eine Niederlage der britischen Bergarbeiter letztlich auch eine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung in ganz Westeuropa bedeuten würde. Der Ruf nach Solidarität wurde verstanden, Geldsammlungen wurden überall durchgeführt. Was bisher nicht gelungen und wohl auch nicht zu erwarten ist: Die Kollegen in den deutschen Häfen über die ÖTV aufzufordern, dem Beispiel der französischen, belgischen und holländischen Docker zu folgen und keine Kohle für Großbritannien zu verladen. Hier liegen wohl derzeit Grenzen, die nicht so schnell zu überschreiten sein werden, ebenso wie es zur Zeit unrealistisch ist, daß eine nennenswerte Zahl Kollegen in den Betrieben zu regelmäßigen wöchentlichen Spendensammlungen mit einem festen Betrag bereit sind.

NATIONAL UNION OF MINEWORKERS

ST. JAMES' HOUSE, VICAR LANE,
SHEFFIELD, SOUTH YORKSHIRE S1 2EX

President A. SCARGILL — Secretary P. E. HEATHFIELD

Telephone: 0742 700388

Please quote our reference in reply:
Your Ref:
Our Ref: N02/PEH/EA — 15 August 1984

Lieber Herr Schmidt,

Bergarbeiter-Solidaritäts-Fond

Am 26. Juli 1984 hat unser Büro ein Rundschreiben an alle Kollegen verschickt, die mit europäischen Bergarbeiterorganisationen etwas zu tun haben. Wir kamen darauf durch Informationen, die wir von europäischen Kollegen erhielten, daß angeblich Bergarbeiter und/oder Bergarbeiterfrauen Gelder in Betrieben sammeln und vorgeben, im Auftrag der Gewerkschaft zu handeln. Wir haben inzwischen einen gewissen Überblick über die Situation, und zur Zeit ist Mr. Joe Holmes aus dem NUM-Bezirk Kent der einzige beglaubigte Delegierte in der Bundesrepublik.

Mr. Holmes sammelt nicht einfach Geld, sondern gewährleistet, daß Spenden in Form von Schecks direkt zum Bergarbeitersolidaritätsfond hier in Sheffield überwiesen werden. Dieser Fond dient dazu, die beträchtlichen Härten zu mildern, die den Bergarbeitern und ihren Familien durch unseren 23 Wochen dauernden Streik entstehen.

Seien Sie unter diesen Umständen bitte so gut und bitten unsere Kollegen in der deutschen Bergarbeitergewerkschaft, alle Spenden in Scheck-Form über unseren Joe Holmes zu leiten.

Mr A. Schmidt
Secretary
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
Alte Hattinger Strasse 19
Postfach 1279
4630 BOCHUM
Federal Republic of Germany.

Yours fraternally,

P. E. Heathfield
SECRETARY

Andererseits war es sehr beeindruckend zu erleben, wie groß die Zahl der betrieblichen, ehrenamtlichen und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre bis hinauf zur Bezirksebene ist, Treffen und Veranstaltungen zu organisieren, ohne erst groß beim Vorstand um Erlaubnis zu fragen — oder auch trotz Befürchtungen z. B. von DGB-Kreisvorsitzenden. Besonders wertvoll beurteilte Joe die von den Kolleginnen und Kollegen in den Bildungsstätten der Gewerkschaften organisierten Versammlungen mit Betriebsräten und Vertrauensleuten. Auf fast allen der inzwischen weit über 120 Versammlungen war die Stimmung sehr gut, und oft wurde Joe noch lange nachher von Kollegen bedrängt, die ihm einfach nur die Hand schütteln, ihm mitteilen wollten, wie sehr sie beeindruckt waren, von der Kampfkraft, Geschlossenheit und Opferbereitschaft der britischen Bergarbeiter. Hierin kam oft auch Kritik

»Für die Zeit, wo unsere Kollegen im Arbeitskampf stehen, also ohne Lohn sind, bekommen die hauptamtlichen Funktionäre der Gewerkschaft ebenfalls kein Gehalt mehr — es fließt in den Streikfont. Warum sollten die Funktionäre in einer Kampfsituation materiell anders gestellt sein als die Mitglieder...«

Joe Holmes in einem Gespräch in Hamburg

und Unzufriedenheit an der Politik der BRD-Gewerkschaft zum Ausdruck. So wirkten der Bericht von Joe und die sich anschließenden Diskussionen oft auch als Ermunterung, die Diskussion auch in den Gewerkschaften hierzulande aufzunehmen und nicht zu resignieren.

Besonders groß war die Resonanz zumeist bei folgenden Punkten:

- warum die britischen Gewerkschaften kein Streikgeld zahlen und die Bergarbeiter auch keins wollen;
- wie der Streik organisiert und die gesamte Bewegung aktiv einbezogen wird;
- wie die Gewerkschaftsbasis selbständig den Kampf führt und das Handeln nicht den Vorständen überläßt.

Deutlich wurde auch, daß hierzulande zwischen den Gewerkschaftsführungen und der Mitgliedschaft sowie zahlreichen Funktionären oft eine Kluft besteht: Dort gibt es ideologische Engstirnigkeit, bürokratisches Denken, hier die Bereitschaft zu Kontaktaufnahme, ersten Schritten der praktischen Zusammenarbeit, und das umso mehr, als das sozialpartnerschaftliche Denken und Handeln der Vergangenheit immer mehr als untauglich zur Bewältigung kommender Aufgaben angesehen wird. Insofern wird der Verlauf des britischen Bergarbeiterstreiks oft als beispielhaft betrachtet.

Die größten Schwierigkeiten im Kontakt zu Joe gab es mit der IG Bergbau und Energie (IGBE). Als sich die Veranstaltungsreihe bereits derart ausgeweitet hatte, daß diese »verdächtigen« Aktivitäten den »Kollegen« in Bochum nicht mehr verborgen bleiben konnten und ein »besorgter« örtlicher Funktionär beim Hauptvorstand in Bochum anfragte, ob denn die Rundreise des Kollegen Holmes mit der IGBE abgesprochen sei, fühlte man sich beim Hauptvorstand offenbar bedroht und gab die Devise aus: Finger davon lassen, alles abblasen. Bei anderen Gelegenheiten wurden auf entsprechende Anfragen Briefe losgeschickt: Joe Holmes sei keineswegs im Auftrage der N.U.M. in der BRD, sammle als Bergarbeiter individuell Geld, die Zustimmung der IGBE finde das Ganze sowieso nicht. Die IGBE habe ja auch schließlich bereits einmalig 20.000 DM auf das Solidaritätskonto der N.U.M. in Sheffield überwiesen. Man verhalte sich also sowieso solidarisch, hier im Land herumzureisen, sei deshalb völlig überflüssig.

Bei den zur Überwindung der bewußt hervorgerufenen Schwierigkeiten erforderlichen direkten Gesprächen zwischen IGBE-Vertretern und Joe Holmes wurde anfangs sogar von ihm verlangt, seine Rundreise zu beenden und die Solidarität ruhig der IGBE zu überlassen. Auch wurde ihm gedroht, über die Zentrale der N.U.M. dafür zu sorgen, daß er aus dem Land verschwindet! Erst nachdem zugesichert wurde, Joe würde sich nicht in die inneren Angelegenheiten der IGBE einmischen, sondern sich an die übrige Gewerkschaftsmitgliedschaft in der BRD wenden, war man halbwegs bereit, die Rundreise zu »dulden«, ja man sicherte sogar »Unterstützung« zu, da ja schließlich alle Bergarbeiter seien! In Wirklichkeit waren die Versuche, dem Kollegen Holmes Knüppel zwischen die Beine zu werfen, noch keineswegs damit beendet, sondern gingen weiter.

Seine Entsprechung findet dieses scheinheilige Verhalten der Bochumer IGBE-Zentrale in dem Widerspruch zwischen mündlichen Solidaritätsbekundungen und den 20.000 DM einerseits und den verstärkten Lieferungen von Ruhrkohle über den Duisburger Rheinhafen nach Großbritannien während des Streiks andererseits. Im Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG spricht der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt ein gewichtiges Wörtchen mit.

Hintergrund dieses Verhaltens sind nicht nur grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen IGBE- und N.U.M.-Führung: Die N.U.M. wurde aus dem Internationalen Bergarbeiterverband (IBFG) ausgeschlossen bzw. trat auf massiven Druck Adolf Schmidts aus, nachdem sie zuvor in den Weltgewerkschaftsbund (WGB) eingetreten war, um ihre Auffassung zu dokumentieren, daß die von den westlichen Staaten nach 1945 verursachte Spaltung der Internationalen Dachorganisation überwunden werden muß. Hinzu kommt, daß man sich in Bochum angesichts der eigenen Energiepolitik offenbar vor nichts so sehr fürchtet wie vor Unruhe in der Mitgliedschaft und deshalb mögliche Ansatzpunkte der Kritik von vornherein verhindern will. Die IGBE-Führung setzt nämlich gemeinsam mit Elektrizitätswirtschaft und Regierung durchaus auf Atomenergie und ist nicht bereit, von sich aus dem anhaltenden Zechensterben im Ruhrgebiet etwas entgegenzusetzen.

Weitgehend überwunden wurden diese Hindernisse erst, nachdem Joe aus der N.U.M.-Zentrale in Sheffield ein Schreiben in Händen hielt, das ihn als offiziellen Beauftragten der N.U.M. in der Bundesrepublik ausweist. Eine Durchschrift hiervon ging mit einem gesonderten Brief nach Bochum.

Mehrfach wurde Joe auf Versammlungen von einzelnen Kollegen aufgefordert, doch einfach auf die IGBE zu pfeifen, anstatt solche »Kompromisse« einzugehen und sich von sich

Die Aussagen dieses Briefes, von Hans Mayr vom Vorstand der IGM unterschrieben, sind inzwischen wieder zurückgezogen worden. Warum drucken wir ihn trotzdem hier ab?

Der Brief verfolgt Ziele, die auf Einwirkungen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) zurückzuführen sind. Daß die Politik des IBFG nach dem 2. Weltkrieg unter dem Einfluß vor allem der amerikanischen Gewerkschaft AFL/CIO stand, diese wiederum vom Geheimdienst CIA beeinflußt wird, ist kein Geheimnis.

Diesen Einfluß zu beklagen ist zwecklos. Wichtiger ist es, das weiterzuentwickeln, was zur Rücknahme des Briefes durch die IGM geführt hat: Der Widerspruch aus der Mitgliedschaft.

Ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit der IGM zum IBFG oder der NUM zum Weltgewerkschaftsbund (WGB) ist entscheidend für uns, daß die britischen Bergarbeiter geschlossen hinter der Politik ihrer Organisation stehen. Das ist der Ausgangspunkt, der lebensfernen bürokratischen Gängelei im DGB die direkte praktische Solidarität von Arbeitern mit Arbeitern entgegenzuhalten. Erst da beginnt die Gewerkschaftsorganisation wirklich zu leben. ■

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland

Vorstand

An die
Bezirksleitungen, Verwaltungsstellen
und Bildungsstätten

6000 Frankfurt am Main 71

01/My-sb-ei

635

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

aufgrund der Berichterstattung in der deutschen Presse über den Streik der britischen Bergarbeiter, insbesondere nach Annahme einer Solidaritätserklärung durch den britischen TUC-Kongreß, der zur Zeit in Brighton stattfindet, häufen sich die Anfragen nach einer eventuellen Unterstützungsaktion durch die IG Metall.

Im Vorstand der IG Metall finden zur Zeit Überlegungen statt, auf welche Weise den Familen der streikenden Bergarbeiter geholfen werden könnte. Die Meinungsbildung des Vorstandes ist jedoch noch nicht abgeschlossen, ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Wir sind darüber informiert, daß sich seit einiger Zeit der Vorsitzende der Region Kent der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, Joe Holmes, in der Bunderepublik aufhält, um für Unterstützungsmaßnahmen zu Gunsten der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM zu werben und auch Spenden entgegenzunehmen. Der Stadtverband Wuppertal der GEW versucht Informationsveranstaltungen über den Bergarbeiterstreik zu vermitteln und hat in diesem Zusammenhang auch eine Reihe von Verwaltungsstellen der IG Metall angeschrieben. Der britische Kollege reist weder mit Billigung noch etwa im Auftrage der IG Metall. Gleiches gilt für die Versuche, Spenden für die britischen Bergarbeiter einzusammeln.

Sollte Ihr in nächster Zeit auf Veranstaltungen, Spendenaktionen etc. angesprochen werden, bitten wir dies zurückzustellen, bis der Vorstand eine Entscheidung getroffen hat. In jedem Falle raten wir davon ab, Einzelpersonen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Falle eine positiven Entscheidung durch den Vorstand der IG Metall kommt eine Überweisung von Spenden nur auf das zentrale Konto einer Hilfsorganisation infrage.

Mit freundlichen Grüßen

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
f.d. Bundesrepublik Deutschland
- Vorstand -

Hans Mayr

Im Organ der IG Bergbau und Energie, der »Einheit«, ist man stolz darauf, den »Internationalen Bergarbeiter-Verband« (IBV) auch ohne die britischen Bergarbeiter *»voll funktionsfähig«* zu sehen. Dem Austritt der britischen NUM seien *»fragwürdige Aktivitäten«* ihres Vorsitzenden Scargill vorausgegangen. Trotzdem sei die Solidarität des IBV mit den streikenden britischen Bergarbeitern ungebrochen. Alle Kohleländer in Ost und West sind nach einem Beschluß des IBV aufgefordert, ihre Exporte nach Großbritannien einzustellen... Daß die IGBE diesen Beschluß in der Bundesrepublik in die Tat umzusetzen versucht, ist uns noch nicht bekanntgeworden.

IBV auch ohne Briten voll funktionsfähig

Adolf Schmidt: IBV wurde nicht geschwächt

Freie Gewerkschaften durch den IBV-Kongreß verteidigt

aus an die Bergarbeiter zu wenden. Joe hat solches immer energisch zurückgewiesen. Die inneren Probleme der IGBE oder der westdeutschen Gewerkschaften überhaupt sind ja auch wirklich nicht von außen zu lösen, sondern mit unseren Vorständen und Bürokraten müssen wir uns schon selbst auseinandersetzen.

Von den Kollegen wurde auch immer sehr gut verstanden, wenn Joe sagte, daß die in Gang gekommene Solidarität und Zusammenarbeit nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfe. In letzter Zeit ist es allerdings gerade auf Versammlungen im Ruhrgebiet immer häufiger vorgekommen, daß Kollegen aus dem Bergbau unter den Teilnehmern waren. Das kann ihnen der Kollege Holmes auch schlecht verbieten...

Auch die IGM tat sich sehr schwer, bis sie sich schließlich — sicher als Reaktion auf die bereits von vielen ihrer Mitglieder und Funktionäre praktizierte Solidarität — dazu durchrang, die »Führung zu übernehmen«, so wie sie es versteht. An den Hauptvorstand wurde die von Joe Holmes auf einigen Versammlungen angesprochene Idee herangetragen, einen von westdeutschen Gewerkschaften organisierten Lebensmittelkonvoi per LKW in die britischen Kohlenreviere zu schicken. Die Auslandsabteilung sollte daraufhin für den Vorsitzenden eine Stellungnahme erarbeiten, auf welche Weise die IGM *»am wirkungsvollsten«* und am *»unproblematischsten«* helfen könne. Geliebt wurde die Idee des Lebensmitteltransports von Anfang an nicht, man dachte mehr an »humanitäre« Hilfe für die hungernden Familien, als an eine politische Demonstration bzw. eine Unterstützung des Kampfes der N.U.M. Während alles geduldig wartete, daß der schwierige Entscheidungsprozeß in der IGM-Zentrale voranging, durfte von den Befürwortern ja keine Mitteilung an die Presse herausgehen oder die Öffentlichkeit erfahren, daß die IGM in irgendeiner Form Solidarität üben wolle. Diese Verpflichtung wurde vom Kollegen Holmes auch strikt eingehalten. Wenn dann aber trotzdem von anderer Seite etwas durchsickerte, wurde gleich damit gedroht, die ganze Sache würde abgeblasen, der Kollege Mayr liebe es gar nicht, wenn man ihn dränge... Der Vorstand schickte extra einen Kurier nach England; als der wiederkam, war Mayr noch in Urlaub, dann sollte der TUC-Kongreß abgewartet werden usw. Die Verzögerungstaktik war offensichtlich.

Als der Vorstand die große Bereitschaft zu Solidarität in den IGM-Reihen erkannte, hat er sogar den Versuch unternommen, Versammlungen zu verhindern, die bereits organisiert waren. Zu diesem Zweck ging ein Schreiben des Vorstandes an die Kollegen, die beim Vorstand um die Genehmigung zur

Durchführung von Veranstaltungen nachsuchten: Joe reise nicht mit Billigung oder gar im Auftrag der IGM. Man distanzierte sich also zuerst, faßte dann aber kurz darauf den Beschluß, ein zentrales Spendenkonto in Frankfurt einzurichten. Der Vorstand zahlte 50.000 DM darauf ein, und geplante Veranstaltungen konnten stattfinden. So bewies die große IGM den drängenden Funktionären, daß sie die »Führung« der Solidaritätsbewegungen übernommen hatte in der Hoffnung, daß diese leidige Angelegenheit nun endgültig vom Tisch sei.

Immerhin: Die Tatsache, daß die IG-Metall als einzige westdeutsche Gewerkschaft bundesweit ein Solidaritätskonto eingerichtet hat, beweist, daß es nicht von vornherein zwecklos ist, Vorständen Dampf zu machen, aber auch, daß es in der Organisation IGM — wie auch in anderen Gewerkschaften — erhebliche Unruhe angesichts der Tatenlosigkeit des Vorstandes gegeben hat.

Übrigens sind auf dem Spendenkonto der GEW-Wuppertal, über das u.a. alle auf Versammlungen gespendeten Gelder laufen, bis zum 8. Oktober über 150.000 DM eingegangen. ■

Konto der IG Metall:
BfG Frankfurt, (BLZ 500 101 11)
Konto-Nr.: 200

Schon 1926: Bergarbeiterfrauen machen die Familien zum Bollwerk im Streik

Aus einem Vorwort Clara Zetkins zu einer Broschüre über den Streik von 1926:

Das Hervortreten der Frauen zählt zu den Anzeichen, ja zu den hervorstechendsten Charakterzügen revolutionärer Situationen und Ereignisse. Dem gewaltigen Streik der Bergarbeiter Großbritanniens[17] fehlt dieses Merkmal seines bedeutsamen geschichtlichen Inhalts nicht. . . . . Der bürgerliche Singsang von der einen großen Schwesternschaft aller Frauen ohne Unterschied der Klasse wurde dadurch wieder einmal gründlich gestört. Im Lager der sich wider die kapitalistische Ausbeutung aufreckenden Bergarbeiter waren die Frauen von Anbeginn an starke treibende Kräfte des revolutionären Klassenkampfes. Ohne ihre Solidarität, Opferfreudigkeit und Heldenmütigkeit wäre der Ausstand unmöglich.

Düster ist der soziale Hintergrund, aus dem die britischen Bergarbeiterfrauen während des Streiks hervorgetreten sind. Es ist der Lebenskreis jener Millionen und aber Millionen, die nicht auf den sonnigen Höhen der bürgerlichen Gesellschaft wohnen, sondern in den sumpfigen Niederungen, engen Schluchten und tiefen Abgründen. Die Existenz der Bergarbeiterfamilien Großbritanniens liegt besonders im dunklen, kalten Schatten. Jedoch durch das Dunkel geht ein Flimmern und Leuchten wie vor Sonnenaufgang. Die Grubensklaven kämpfen für ihr Recht auf sozialen Sonnenschein, und ihre Frauen kämpfen mit ihnen. . . . . .

. . . . . .Nicht vereinzelt, in Gruppen, zu Hunderten, zu Tausenden sind sie da, wo mutige, entschlossene Herzen, kluge Köpfe und fleißige Hände gebraucht werden: beim Streikpostenstehen an den Gruben und auf den Straßen, bei der Transportverhinderung ausländischer Kohle, bei Scharmützeln mit der Polizei, bei der Austeilung der Unterstützungen, der Einrichtung und Arbeit gemeinschaftlicher Speisungen, namentlich der Kinder, bei Sammlung und Aufbringung materieller Mittel usw. In geschlossenen Zügen von vielen Hundert, nicht selten in Begleitung ihrer Kinder, erscheinen die Bergarbeiterfrauen vor den Schul-, Armen- und Wohlfahrtskommissionen, um die mögliche weitere oder auch erhöhte soziale Fürsorge für kleine und schulpflichtige Kinder, für Jugendliche, Schwangere, Wöchnerinnen, einsame Alte und Kranke zu fordern und zu begründen. In Scharen beteiligen sie sich an den Versammlungen der Männer, die eigenen Versammlungen der Frauen sind überfüllt. Und welch ein Geist rauscht durch die Versammlungen! Nicht die Mutlosigkeit, nicht die Streikmüdigkeit führt hier das Wort, vielmehr begeisterte Kampfentschlossenheit.

Kein Zweifel! Das öffentliche Auftreten der Frauen stärkt und belebt die Kampffreudigkeit der Bergarbeiter. Sie ist der zusammengefaßte Ausdruck der Stimmung, die den einzelnen Streikenden in seiner Familie umfängt und emporträgt. Keine Klagen der Hausmutter, keine Vorwürfe, nur anfeuernde, aufpeitschende Worte zum Ausharren, zum äußersten Widerstand. Das Verständnis und das Wollen der Frauen haben das Heim der Bergarbeiter zu einem festen Bollwerk des Streiks umgeschaffen. . . . . Die bürgerliche Presse muß einmütig das Ehrenzeugnis schreiben: „Die Bergarbeiter können nur im Streik aushalten, weil ihre Frauen hinter ihnen stehen." . . . . . Indem sie Seite an Seite mit den Männern gegen die vordringende Profitgier der Grubenherren kämpfen, verteidigen sie nicht bloß das eigene Geschick, sondern auch dasjenige ihrer Brüder und Schwestern, die in irgendeiner Industrie Großbritanniens, ja der Welt, dem Kapital zinsen und fronen. Die leidenschaftliche und zähe Kampfentschlossenheit der Frauen wird außerdem mächtig durch das Empfinden und Denken befeuert, daß die unmittelbaren, greifbaren Forderungen der Streikenden keineswegs den Inhalt des Kampfes erschöpfen. Der Ausstand ist Rebellion der lebendigen Menschen, die Träger der Arbeitskraft sind, gegen die Allmacht des toten Besitzes, sie auszubeuten und niederzutreten.

Der Kampf der Bergarbeiter Großbritanniens ist unstreitig ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. Eine Million Grubensklaven sind es, die seit dem 1. Mai unter Aussperrung und im Streik stehen – mit seltener vorbildlicher Einmütigkeit. Die Million wehrt sich gegen die zugemutete Verschlechterung der ohnehin traurigen Arbeitsbedingungen. Sie fordert Weitergeltung der vor dem 1. Mai gezahlten Löhne und des bestehenden Siebenstundentages, dazu die einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiterschaft des ganzen Landes. Das Kampfobjekt erscheint klein, gemessen an dem Umfang und der Dauer des Ringens, insbesondere gemessen an der schier beispiellosen grimmigen Hartnäckigkeit, mit der auf beiden Seiten gefochten wird. . . . . .

. . . . . .Was ist das Wunder der biblischen Legende von der Speisung der Viertausend mit zwei Fischen und zehn Broten, verglichen mit den kargen Mitteln, von denen eine Million kämpfender Bergarbeiter mit den Ihrigen seit Monaten leben? Dieser Streik ist ein gewaltiges Heldengedicht, und die Bergarbeiterfrauen haben mit ihrer standhaften Tapferkeit viele seiner kraftvollsten Verse geschrieben.

Die Million streikender Bergarbeiter Großbritanniens sind Preisfechter ihres heimischen Proletariats, des Proletariats der kapitalistischen Welt. Treue für Treue! Tatkräftige Solidarität mit den Kämpfenden ist ein Gebot der Stunde. . . . . .

. . . . . .Welches auch immer das Ergebnis sein wird, der Kampf wird im Grubenproletariat Großbritanniens lange noch tiefe Spuren der Sorge und Not hinterlassen. Zu helfen, diese Spuren zu tilgen, möglichst rasch und vollkommen zu tilgen, ist eine selbstverständliche Aufgabe unserer Genossinnen, aller werktätigen Frauen, die den versklavenden Kapitalismus hassen und durch seine Vernichtung ihre Befreiung wollen. Den britischen Bergarbeitern und ihren Familien materiellen und moralischen Beistand in jeder Form und im höchstmöglichen Ausmaße! Nicht aus dem Gefühl des Mitleids mit „notgeprüften Frauen und Kindern", wie es die sozialistischen Reformistinnen in Großbritannien mit praktischem Erfolg betätigen. Nein, aus dem Bewußtsein der Dankbarkeit, die wir international den heldenhaften Kämpfern und Kämpferinnen schulden, aus der Erkenntnis unserer revolutionären Gemeinschaft mit ihnen.

Moskau, am 23. November 1926

Katherine Cant, „Die Bergarbeiterfrauen Englands im Kampf"

Bergarbeiterfrauen in Hamburg

Der Einsatz der Frauen im Streik.

»Unterstützt die britischen Bergarbeiter« stand auf einem Transparent, mit dem zwei Bergarbeiterfrauen aus dem Grubengebiet von Sheffield am Sonntag, 30. September 1984, am Flughafen Hamburg begrüßt wurden. Etwa dreißig Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften sangen das bekannte *»Keiner schiebt uns weg«* mit vorher geübtem englischen Text.

Dem Besuch von Margaret und Kath war folgendes vorausgegangen: Joe Holmes hatte auf einer DGB-Veranstaltung in Hamburg am 16. August 1984 über den Streik der britischen Bergarbeiter gesprochen und dabei auch die aktive Mitarbeit der Frauen dargestellt. Daraus entwickelte sich der Wunsch, von diesen Frauen selbst zu erfahren, auf welche Weise sie mitmachen, wie sie mit den Belastungen des langen Streiks fertigwerden, und vor allem die Frage: Wie helfen?

Am 2. Oktober kamen über 400 junge und alte Kolleginnen und Kollegen aus vielen Einzelgewerkschaften im großen Saal des Curiohauses in Hamburg zusammen. Einige hatten schon Bekleidung mitgebracht — in der richtigen Annahme, daß die spätestens im kommenden Winter gebraucht wird. — Als dann Margaret und Kath erzählten, waren es nicht nur Fakten und neue Informationen, die vermittelt wurden, sondern es entstand ein direkter Kontakt zwischen den beiden Frauen und den Zuhörern. Die Berichte wurden oft von langem Beifall unterbrochen.

Margaret ist aus der Nähe von Sheffield, aus einem Bergarbeiterdorf; sie arbeitet dort in der Kantine einer Zeche, hat sich früher nur mit ihrer Arbeit (von morgens 3.30 Uhr bis 14.00 Uhr) und dann mit ihrem Haushalt beschäftigt. Als aber Arbeiter von anderen Minen kamen und vor ihrem Bergwerk Streikposten bezogen, begann ihre Mitarbeit.

Weil — wie bekannt — kein Streikgeld gezahlt wird, ist es von Anfang an notwendig gewesen, die Versorgung der Bergarbeiterfamilien zu organisieren. Zu den Frauengruppen, die es in die Hand genommen haben, Gelder und Lebensmittel zu sammeln und zu verteilen, gehört jetzt auch Margaret; sie kennt ja alle, die dort wohnen und arbeiten und sie möchte allen helfen. Es ist bitter für sie, zusehen zu müssen, wenn ihre Vorräte erschöpft sind und noch Männer wartend dastehen und weinen — aber dennoch wird sie Spenden nicht für ihr Dorf, für ihre Zeche sammeln, sondern sie weiß: Wir sind von der NUM hierher geschickt, was wir hier bekommen, geben wir an die NUM weiter, die verteilt alles. Das läßt erkennen, wie sie dort zu ihrer Gewerkschaft stehen: mit Vertrauen und Verpflichtung.

Kath gehört zu den Frauen, die von Margaret mit großer Hochachtung erwähnt werden, weil sie von denen viel gelernt hat. Sie kommt aus Sheffield, einer von Bergwerksgemeinden umgebenen Stadt, die selbst vom Stahl lebte. Seit aber Ian McGregor die Stahlindustrie kaputtsaniert hat, leben dort viele Tausende von Arbeitslosen. Kath's Mann gehört dazu. Sie selbst hat bei den Auseinandersetzungen um die Stahlindustrie Erfahrungen gesammelt, die sie nun im Bergarbeiterstreik weitergibt.

Sie weiß, daß nach der Schwächung der Stahlarbeitergewerkschaft jetzt die Bergarbeitergewerkschaft und damit ein wichtiger Teil der britischen Arbeiterbewegung in die Knie gezwungen werden soll.

Die britischen Bergarbeiterfrauen haben sich nicht nur um die Versorgung gekümmert; im Laufe des Streiks lernten sie — zunächst gegen den Willen der Männer — Streikposten zu organisieren und zu stehen. Sie werden inzwischen auch in diesem Bereich akzeptiert und sind ein wichtiger Teil der Streikbewegung. Das zeigen auch die Frauendemonstrationen (z. B. 20000 in London).

Aus den Berichten der beiden erkennen wir die Kraft, die ihnen aus dem Zusammenhalt erwächst, ein für uns unvorstellbarer Grad an Solidarität.

Margaret sagt: *»Wenn einer von uns im Kampf verletzt wird, sind wir alle verletzt!«* Und das schwappt über in den großen Saal. Und wenn nachher Kath sagt: *»Wir kommen nicht als Bettler, sondern als stolze Kämpfer,«* dann begreifen wir, daß sie Forderungen stellen darf, daß wir alle verpflichtet sind, zu helfen mit unseren besten Kräften. Sie sagt auch: *»Die Bergarbeiter kämpfen für mehr als ihre eigenen Arbeitsplätze, ihr Sieg ist für uns alle lebenswichtig.«* und *»Seit sieben Monaten unterstützen wir die Familien der streikenden Bergarbeiter in unseren Gemeinden; jetzt sind wir hier, um praktische Unterstützung von unseren Brüdern und Schwestern in der Bundesrepublik Deutschland zu erbitten.«* — Ihr letzter Satz, in Deutsch gesprochen, soll lange nachwirken: ***»Gemeinsam sind wir stark!«***

In Hamburg wurde beschlossen, ein Komitee zu bilden, das sich um die weitere Unterstützung der NUM-Kollegen und ihrer Familien bemüht. Vorab war bereits geklärt, daß im Gewerkschaftshaus — beim DGB-Kreis — ein Raum zur Verfügung steht, in dem Kleidung gesammelt, sortiert und verpackt werden soll.

Als Margaret und Kath sich am Sonntag, dem 7. Oktober 1984, früh um 8 Uhr von etlichen neugewonnenen Freunden verabschiedeten, hatten sie eine anstrengende Woche hinter sich: Veranstaltungen in Oldenburg, Bremen, Leer und Wilhelmshaven. Bei dem von ihnen gesammelten Geld befanden sich auch Spenden von Arbeitslosen aus dem geschlossenen Olympiawerk in Leer. Die beiden Frauen — Vertreterinnen einer großen Zahl von Helfenden, Abgesandte der starken Bergarbeitergewerkschaft — haben jede Freundlichkeit, jede Spende mit herzlichem Dank entgegengenommen. Aber sie wissen auch, daß 150.000 streikende Bergarbeiter und ihre Familien noch durch den Winter kommen müssen. Und auch wir sollten daran denken! ■

BACK THE MINERS

Spenden für die Bergarbeiter und ihre Familien:

Konto der GEW Wuppertal

Raphaela Kruppa
BfG Wuppertal (BLZ) 330 101 11
Konto-Nr.: 2015 1233 00
Vermerk: Bergarbeiter Großbritannien

Die GEW-Wuppertal unterhält außerdem ein
Koordinationsbüro Britische Bergarbeiter
c/o GEW
Haarhausstraße 1 a
5600 Wuppertal 1
Tel. 0202/30 38 01
(Mo.—Sa. von 10—12 und 15—17 Uhr).

Unterstützt die Bergarbeiter